

# AMS

Arbeitskreis Militär und  
Sozialwissenschaften

**Newsletter**

**02/2006**

## **IMPRESSUM**

Der AMS-Newsletter ist das Mitteilungsorgan des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften. Er erscheint viermal jährlich. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge sind jeweils Meinung des Verfassers und müssen nicht derjenigen der Redaktion entsprechen.

Für den Inhalt der vorliegenden Ausgabe sind verantwortlich:

Dr. Paul Klein  
Heimhauserstr. 21  
85716 Unterschleißheim  
Tel.: (089) 31 02 977  
Email: Paul.J.Klein@t-online.de

Dr. Gerhard Kümmel  
c/o Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr  
Prötzeler Chaussee 20  
15344 Strausberg  
Tel.: (03341) 58-1837  
Email: gerhardkuemmel@bundeswehr.org

**Mitgliedsbeitrag:     €30,- pro Jahr**  
**€10,- pro Jahr für Studenten**

**Beitragszahlung an:**

AMS/Brecht, Sparda-Bank West e.g, Düsseldorf, BLZ 370 605 90, Konto Nr.: 774365  
Rückfragen an R. Brecht, Streitkräfteamt Bonn, Tel.: 0228/12-2663

## MITTEILUNGEN DES VORSTANDES

Werte Mitglieder!

In diesen heißen Tagen des Sommers, der nun endlich eingetrudelt ist, ist die neueste Ausgabe des AMS-Newsletters eine gute Lektüre für den Liegestuhl oder für einen Stuhl im (Halb-)Schatten.

Die Zeit seit Erscheinen des letzten Newsletters ist ereignisreich gewesen. Vom **28.-30. April 2006** hat – mit erfreulich zahlreicher Beteiligung von AMS-Mitgliedern wie auch Nicht-AMS-Mitgliedern – in der **Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK)** in **Strausberg** unsere diesjährige Jahrestagung zum Thema **Bestandsaufnahme Bundeswehr 2006** stattgefunden.

Anlässlich dieser Tagung wurde wie üblich auch eine **Mitgliederversammlung** organisiert (siehe das Versammlungsprotokoll in diesem Newsletter). Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war dabei die **Neuwahl des Vorstands**.

Vom **alten Vorstand** sind **Dieter Walz** und **Söhnke Brecht** auf eigenen Wunsch hin **ausgeschieden** und standen somit für eine erneute Kandidatur nicht zur Verfügung. Im Namen des AMS danke ich Dieter Walz und Söhnke Brecht für ihre Tätigkeit im Vorstand und die stets vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit!

**In den Vorstand wiedergewählt** wurden **Reinhold Brecht, Dr. Sabine Collmer, Andreas Prüfert** sowie **meine Wenigkeit**.

**Neu** in den **Vorstand** wurden **Dr. Heiko Biehl** und **Daniel Langer** gewählt, die ich im Namen des AMS hiermit sehr herzlich im Vorstand begrüßen möchte.

Angrund der geringen Anzahl der eingereichten Manuskripte für den **Tagungsband 2005** wird es eine Zusammenlegung mit dem **Tagungsband 2006** geben, der voraussichtlich dann im Oktober oder November 2006 erscheinen kann.

Ausdrücklich ermuntern möchte ich Sie zu einer Teilnahme an unserer gemeinsamen und bereits im letzten Newsletter angekündigten **Tagung mit „Chance Schweiz“** am **22. und 23. September 2006** in **Bern**.

Darüber hinaus enthält dieser Newsletter natürlich wieder eine ganze Reihe **Rezensionen** und **News**.

Der Vorstand des AMS wünscht Ihnen wie immer viel Freude beim Lesen dieses Newsletters. Bleiben Sie dem AMS gewogen!

Für den Vorstand,

Gerhard Kümmel

## **NEUMITGLIEDER**

Tobias Böhmelt	Am Weidenufer 96047 Bamberg
Katrin Kubica	Lübbener Straße 9 10997 Berlin
Stefan Werdelis	Von-Witzleben-Straße 17 56076 Koblenz

## **ANSCHRIFTENÄNDERUNG**

Heinz H. Meyer von Thun	Nordkamp 10 26203 Hundsmühlen
Uwe Hartmann	Kladower Damm 184i 14089 Berlin
Peter Buchner	Zentrum Innere Führung Bereich 3 Von-Witzleben-Straße 17 56076 Koblenz
Hans-Joachim Reeb	Rodenbergweg 14 30974 Wennigsen
Horst Scheffler	Konrad-Adenauer-Straße 10 55270 Zornheim
Tjarck Rössler	Lindenweg 28 53125 Bonn
Manfred Scholl	Unteroffizierschule des Heeres Lehrgruppe C, XI. Inspektion Frauenrichter Straße 142 92637 Weiden
Fabian Virchow	Ilmenaustraße 9 21335 Lüneburg

## **UNBEKANNT VERZOGEN**

Christian Müller, Christian Freudig, Peter Beschnid, Général Gérard Hoffmann

# PROTOKOLL DER AMS MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 29. APRIL 2006 IN STRAUSBERG

Von: 19:35h – 21:00h

Teilnehmer: 16 AMS-Mitglieder

Protokoll: Heiko Biehl / Ulrich vom Hagen

## TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung

- Der Vorsitzende eröffnet die Mitgliederversammlung und begrüßt im Namen des Vorstandes die anwesenden Mitglieder

## TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung

- Der Vorstand stellt fest, dass die Mitgliederversammlung ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist

## TOP 3: Tätigkeitsbericht des Vorstandes

- Auf ausdrücklichen Wunsch der AMS-Mitgliederversammlung 2005 in Wesseling wurde die AMS-Jahrestagung auf das Frühjahr 2006 gelegt. Diese Entscheidung ist aus Sicht des Vorstandes und der anwesenden Mitglieder als positiv zu werten, wie die gestiegene Zahl der Teilnehmer an der AMS-Jahrestagung dokumentiert. Die Bekanntgabe der AMS-Jahrestagung auf zwei Mailing-Listen (Internationale Beziehungen sowie H-Soz-Kult) hat sich ebenfalls bewährt, wie die gestiegene Zahl von Teilnehmern, die nicht dem AMS angehören, an der AMS-Jahrestagung dokumentiert.
- Der Vorstand gibt bekannt, dass aufgrund einer zu geringen Zahl an zugesagten Beiträgen kein AMS-Band zur Tagung 2005 in Wesseling erstellt wird. Statt dessen ist ein Doppelband geplant, der die Beiträge 2005 und 2006 bündelt.
- Der Vorstand berichtet, dass die Mitgliederentwicklung des AMS recht stabil ist.
- Der Vorstand äußert die Hoffnung, dass im Zuge der Installierung von militärbezogenen Studiengängen an der Universität Potsdam zusätzliche Mitglieder gewonnen werden können.
- General Wittmann regt Werbeaktionen seitens des Vorstandes und der Mitglieder an, um mehr aktive Soldaten zur Mitgliedschaft im AMS zu bewegen; Schwerpunkt dieser Aktion könnten die Bundeswehr-Unis sein.

## TOP 4: Kassenbericht

Der Vorstand legt den Finanzbericht 2005 vor. Herr Brecht trägt wie folgt vor:

Zeitraum: 01.01.2005 bis 31.12.2005

### A) *Kontostände am 01.01.2005:*

Girokonto:	€	1.641,75
Bargeldkassen <sup>1</sup>	€	611,02
<i>Summe:</i>	€	<b>2252,77</b>

### B) *Einnahmen:*

Beiträge:	€	2.778,30
Spenden	€	20,00
Einnahmen aus Buchverkäufen	€	1.475,00
<u>Einnahmen aus der Jahrestagung 2005</u>	€	<u>1.560,00</u>
<i>Summe der Einnahmen</i>	€	<b>5.833,30</b>

<sup>1</sup> davon €508,07 bei Herrn Dr. Kümmler gem. seiner Abrechnung vom 07.05.2005 und €102,95 bei Herrn Brecht gem. seiner Abrechnung vom 11.02.2005.

C)	<i>Ausgaben:</i>		
	Kontoführungsgebühren	€	9,40
	Internet-Provider STRATO	€	23,88
	Druckkosten NOMOS-Verlag	€	3.358,94
	Sachkosten Dr. Kümmel	€	212,38
	Sachkosten Brecht	€	8,38
	<u>Ausgaben für die Jahrestagung 2005</u>	€	<u>1.339,88</u>
	<i>Summe der Ausgaben</i>	€	<b>4.952,86</b>
D)	Ergebnis aus Einnahmen und Ausgaben:	+ €880,44	
E)	<i>Kontostände am 31.12.2005:</i>		
	Girokonto	€	2.682,95
	<u>Bargeldkassen<sup>2</sup></u>	€	<u>450,26</u>
	<i>Summe der Kontostände</i>	€	<b>3.133,21</b>
F)	<i>Vergleich der Geldbestände:</i>		
	Geldbestand aus Kontostand zu <u>A)</u> und Einnahmen:	€	<u>8.086,07</u>
	Geldbestand aus Kontostand zu <u>E)</u> und Ausgaben:	€	<u>8.086,07</u>
G)	<i>Verbindlichkeiten / Außenstände:</i>		
	Keine Verbindlichkeiten	€	0,00
	<u>Keine Außenstände</u>	€	<u>0,00</u>
	<i>Summe</i>	€	<b>0,00</b>
H)	Langfristige Vermögensentwicklung (15 Jahre)		
	Geschäftsjahr 1991	Zuwachs	€ 1.322,01
	Geschäftsjahr 1992	Verlust	€ 144,74
	Geschäftsjahr 1993	Verlust	€ 424,62
	Geschäftsjahr 1994	Zuwachs	€ 227,54
	Geschäftsjahr 1995	Zuwachs	€ 830,74
	Geschäftsjahr 1996	Zuwachs	€ 3.136,39
	Geschäftsjahr 1997	Zuwachs	€ 1.092,97
	Geschäftsjahr 1998	Verlust	€ 1.809,63
	Geschäftsjahr 1999	Zuwachs	€ 1.601,43
	Geschäftsjahr 2000	Verlust	€ 944,61
	Geschäftsjahr 2001	Zuwachs	€ 668,84
	Geschäftsjahr 2002	Zuwachs	€ 731,65
	Geschäftsjahr 2003	Verlust	€ 8.936,00
	Geschäftsjahr 2004	Zuwachs	€ 2.206,60
	Geschäftsjahr 2005	Zuwachs	€ 880,44
	<b>Vermögensentwicklung insgesamt</b>	<b>Zuwachs</b>	<b>€ 2.590,46</b>

<sup>2</sup> davon €295,69 bei Herrn Dr. Kümmel gem. seiner Abrechnung vom 08.02.2006 und €154,57 bei Herrn Brecht gem. seiner Abrechnung vom 19.02.2006

Herr Brecht verweist auf geringen finanziellen Spielraum sowie auf die Notwendigkeit der Bildung finanzieller Reserven

- Maja Apelt hat als Kassenprüferin den Finanzbericht 2005 geprüft und dessen Richtigkeit bestätigt.
- Herr Schwarz, der gewählte zweite Kassenprüfer, reagierte trotz mehrmaliger Versuche nicht auf Mails und postalische Zuschrift und hat den Finanzbericht nicht prüfen können.

TOP 5: Wahl des AMS-Vorstandes

Von den bisher amtierenden Vorstandsmitgliedern stellten sich

- der Vorsitzende, Herr Dr. Gerhard Kümmel,
- die Stellvertretende Vorsitzende, Frau Dr. Sabine Collmer sowie
- als Beisitzer die Herren Reinhold Brecht (zugleich Kassenwart) und Andreas Prüfert

zur Wiederwahl.

Sie wurden einstimmig, bei 2 Enthaltungen in ihren Ämtern bestätigt.

In die beiden freigewordenen Beisitzerposten wurden die Herren

- Dr. Heiko Biehl und
- Daniel Langer

ebenfalls einstimmig, bei 2 Enthaltungen gewählt.

Als Kassenprüfer wurden die Herren

- Dr. Sven Gareis
- Dr. Paul Klein

ebenfalls einstimmig, bei 2 Enthaltungen gewählt.

TOP 6: Verschiedenes:

- Mitglieder diskutieren Thema und Ort der nächsten AMS-Jahresversammlung
- Zukünftiger Wechsel des Tagungsortes wird mehrheitlich gutgeheißen
- Als nächster Tagungsort wird das Zentrum Innere Führung in Koblenz vorgeschlagen (Alternative: Julius-Leber-Kaserne, Berlin)
- Als nächstes Tagungsthema wird mehrheitlich „Komplexe Friedensmissionen. Bilanzen und Perspektiven der Auslandseinsätze der Bundeswehr“ favorisiert.

## **KONFERENZANKÜNDIGUNG**

### **Gemeinsame Tagung des AMS zusammen mit „Chance Schweiz“**

Der Schweizer Verein „Chance Schweiz – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen“ plant in Zusammenarbeit mit dem AMS sowie österreichischen und niederländischen Freunden am Wochenende

**22. bis 23. September 2006 in Bern**

eine internationale Tagung zum Thema

**„Wozu eine Armee?“**

durchzuführen.

Ziel der Tagung ist es, den Wandel der äußeren und inneren sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, ihre zunehmende Vernetzung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Aufgaben und die Struktur der europäischen Streitkräfte vergleichend zu diskutieren und zu analysieren. Insbe-

sondere soll deutlich gemacht werden, welche Chancen und Probleme sich beim Wandel von den klassischen Landesverteidigungs- zu Dienstleistungs- und Konstablerarmeen abzeichnen. Zu denken ist dabei an Fragen der Verwendung der Streitkräfte für die Krisenstabilisierung im Ausland und für die polizeiliche Unterstützung im Inland sowie die Terrorismusbekämpfung. Zur Sprache kommen soll auch die Frage, wie weit veränderte Ziele und Aufgaben neue Organisationsstrukturen und Rekrutierungsverfahren bedingen. Die Tagungsperspektive soll europäisch vergleichend sein, d.h. es sollen Erfahrungen und Planungsstände der beteiligten Staaten ausgetauscht werden. Die Organisatoren hoffen, Tagungsteilnehmer(innen) und hochkarätige Referenten aus Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich begrüßen zu dürfen. Vorgesehen ist, dass der Chef der Schweizer Armee, Korpskommandant Christoph Keckeis die Tagung mit einer Keynote-Adresse eröffnen wird (Einladung platziert).

Das vollständige Programm nebst Anmeldeformular ist abrufbar unter:

**[http://www.chanceschweiz.ch/docs\\_db/dani\\_20060406\\_133146\\_Ausschreibung\\_Herbstseminar.pdf](http://www.chanceschweiz.ch/docs_db/dani_20060406_133146_Ausschreibung_Herbstseminar.pdf)**

und enthält unter anderem:

- Key-note Adresse am Freitagabend des Eröffnungstages (22.9.2006) und themenspezifische Panels am Samstag (23.9.06).

Die Tagung wird in den Räumlichkeiten der modernisierten Kaserne Bern, etwa 15 Gehminuten vom historischen Stadtzentrum Berns, stattfinden. Für Übernachtungen zu günstigen Konditionen in nahen Hotels sorgen die Organisatoren.

Reservieren Sie bitte schon jetzt das Wochenende im September!

Adresse der Tagungsorganisation: **Karl.Haltiner@milak.ethz.ch**

Website des Vereins „Chance Schweiz“: **www.chanceschweiz.de**

## **FÜR UNSERE MITGLIEDER GELESEN**

**Jens Bargmann (2004): Ethik in der Offizierausbildung. Eine vergleichende Studie zu berufsethischen Anteilen in der Ausbildung zum Marineoffizier in Deutschland und den USA. Zweite Auflage. Münster: miles-Verlag.**

Die als Inaugural-Dissertation an der Philosophisch-Pädagogischen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt 2002 bei Prof. Alexius J. Bucher (Lehrstuhl für Praktische Philosophie und Geschichte der Philosophie) angenommene und inzwischen in der zweiten Auflage vorliegende Untersuchung des lutherischen Pfarrers Jens Bargmann (Missourisynode) verspricht, die berufsethische Ausbildung der Marineschule Mürwik und der U.S. Naval Academy in Annapolis, Maryland zu vergleichen. Dieses Versprechen wird nur bedingt eingelöst. Eklektizismus und Vermittlung des Unvergleichlichen schränken den Wert der Untersuchung ein.

Dafür wird der Bogen und Referenzrahmen weit aufgespannt: Die ersten 162 Seiten der Studie referieren die Probleme der Bundeswehr und ihrer Umstrukturierung zu einer Armee im Einsatz in mehr als gebotener Ausführlichkeit: „Bundeswehr im Wertespagat“, Integration der Soldaten der NVA, „Interkulturelles Erleben“ lauten einige der Stichworte. Hinweise auf die amerikanische Situation fehlen. Die Einleitung wird ergänzt durch grundsätzliche Überlegungen zum Thema „Macht und Moral“, zugespitzt auf soldatische Berufsethik. Diese stark referierenden Ausführungen können für alle diejenigen hilfreich sein, die noch nicht verstanden haben sollten, dass die Bildung und Förderung von Gewissensbindung und ethischem Urteilsvermögen bei Soldaten von großer Bedeutung ist (Beispiele S. 106-111). Schließlich wird jeder Soldat bzw. jede Soldatin mit großer Wahrscheinlichkeit in Situationen kommen, in denen sein bzw. ihr Handeln – mag es auch legal sein – Leid verursacht. Er oder sie



wird sich deshalb möglicherweise mit Schuldgefühlen auseinandersetzen müssen. Ethische Bildung soll vor diesem Hintergrund dafür sorgen, dass die Soldaten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln sensibel umgehen. Deshalb hält der Dienstherr ein Angebot zur ethischen Bildung von Soldatinnen und Soldaten bereit.

Bargmanns Beschreibungen des ethischen Curriculums an der U.S. Naval Academy und der Marineschule Mürwik stellen dar und vergleichen, was in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Deutschland den Offizieranwärtern der Marine in ethischer Hinsicht beigebracht wird (S. 163-256). Zwar kann niemand empirisch belegen, dass das Wissen um ethisch-philosophisch-religiöse Hintergründe tatsächlich zu rechtskonformem und moralisch angemessenem Handeln führt und damit auch zur Handlungssicherheit beiträgt. Es dürfte aber gesichert sein, dass wer sich nie mit den berufsethischen Fragen beschäftigt hat, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu Fehlurteilen neigt. Bargmann arbeitet heraus, dass das soldatische Leitbild sich grundsätzlich unterscheidet (dort „Krieger“, hier „Bürger in Uniform“), dass Inhalt, Dauer und Intensität der Ausbildung sehr unterschiedlich ist (dort akademisches Jahr mit drei Unterrichtseinheiten pro Woche, hier „Impuls-Seminartag“, dessen Inhalte in anderen Unterrichten aufgenommen werden sollen), dass Stellung und Rolle von Militärseelsorgern und zivilen Wissenschaftlern sowie die Abprüfung ethischen Wissens verschieden konzeptioniert sind. Es fehlt eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den einschlägigen Fragen; Bargmann bleibt in der Auflistung von Themen und Zeitansätzen stecken. Die Interviews mit amerikanischen und deutschen Teilnehmern an den jeweiligen berufsethischen Angeboten bergen keine tiefergehenden Erkenntnisse. Abschließend fordert der Verfasser die Einführung eines spezifisch berufsethischen Unterrichts für deutsche Soldaten ergänzend zu den lebenskundlichen, politischen und rechtlichen Unterrichten in der Bundeswehr, verstärkte Bemühungen der akademischen Pädagogik, Computersimulationen zur Einübung ethischer Entscheidungen und vieles andere, was grundsätzlich diskussionswürdig und -bedürftig ist.

Die in sich facettenreiche, manchmal auch disparate Arbeit stellt den Forschungsstand angemessen dar und weist darauf hin, dass Soldaten Menschen mit all ihren Fehlern und Schwächen sind, Menschen allerdings, deren Fehlverhalten fatalste Konsequenzen für andere Menschen haben kann. Soldatinnen und Soldaten müssen für Machtgebrauch sensibilisiert und gegen Machtmissbrauch immunisiert werden – an diesem Ziel besteht kein Zweifel. Mit welchen Methoden es erreicht werden kann - das ist zu diskutieren. Auf die Notwendigkeit dieser Diskussion aufmerksam zu machen, ist das Verdienst dieser Dissertation.

Angelika Dörfler-Dierken

**Eric Ouellet (Hg.) (2005): *New Directions in Military Sociology*. Whitby (Ontario, Kanada): de Sitter Publications. 351 S., \$ 44, 95, ISBN: 1897160-03-8.**

Einführende wie zusammenfassende Darstellungen zur Militärsoziologie haben seit einigen Jahren Konjunktur (z.B. Caplow/Vennesson 2000; Kümmel/Prüfert 2000; Kernic 2001; Caforio 2003; Callaghan/Kernic 2003; Gareis/Klein 2004; Heins/Warburg 2004; Leonhard/Werkner 2005). Diese Entwicklung ist zu begrüßen, spricht sie doch nicht nur für die Lebendigkeit der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Militär, sondern spiegelt auch das Anliegen der daran beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wider, durch die Veröffentlichung von Hand- und Lehrbüchern den Status der Militärsoziologie als wissenschaftliche Fachdisziplin breitenwirksam durchzusetzen. So weit, so gut. Will sich das Fach jedoch außerhalb des politisch-militärischen Einflussbereiches wirklich im Wissenschaftsbereich etablieren, muss auf die kollektive Bestandsaufnahme nun eine eingehendere Diskussion um die weitere inhaltliche sowie insbesondere theoretische Ausrichtung des Faches folgen. Einen ersten Beitrag hierzu will der vorliegende Sammelband des Kanadiers Eric Ouellet liefern, der 2005 erschienen ist und dessen explizites Anliegen es ist, „neue Wege“ der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Militär zu erschließen. Wie die pädagogische Aufmachung zeigt – in jedem Kapitel werden zu Beginn bzw. am Ende Lernziele, zentrale Begriffe sowie weiterführende Fragen aufgeführt; im

Text sind darüber hinaus einzelne Passage gesondert hervorgehoben –, richtet sich das Buch dabei nicht zuletzt an Studierende und in der Lehre tätige Militärsoziologen.

Wie der Herausgeber im einführenden Beitrag erläutert, sind unter den im Titel genannten „new directions“ Untersuchungsansätze zu verstehen, die „the military institution as the final outcome of military life rather than its starting point“ (S. 4) thematisieren. In Ergänzung zu kritischen sowie insbesondere funktionalistischen Sichtweisen des Militärs plädiert er dafür, konstruktivistische Theorien und Konzepte stärker als bislang für die Militärsoziologie fruchtbar zu machen, um unter anderem auf diese Weise Anschluss an allgemeine soziologische Diskussionen zu finden. Mit Blick auf die Erweiterung des Aufgabenspektrums militärischer Einsätze sowie die Internationalisierung und Entstaatlichung bewaffneter Konflikte führt er in diesem Zusammenhang den Begriff der „organisierten Gewalt“ als zentrales Konstrukt einer solchen ‚neuen‘ Militärsoziologie ein, das es erlaube, „both to understand the present change of perspective about armed forces and provide a useful conceptual framework for military sociologist [...] Violence can be found in various forms and through many channels: *actually* present, such as in times of conflicts; *symbolically* ritualized through training, exercise, uniforms, rank system, etc.; or as *potential* through the military institution as the ultimate guarantor of the political order.“ (S. 23)

Wer nach diesem Einstieg von den nachfolgenden Beiträgen jedoch eine Diskussion oder praktische Umsetzung der so programmatisch umrissenen Neuorientierung der Militärsoziologie erwartet bzw. sich erhofft hätte, wird enttäuscht: Ouellet schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass es sich hierbei nur um eine von mehreren möglichen Forschungsrichtungen handelt, die von den Autoren des Bandes behandelt werden (S. 25f.).

Die anderen neun Beiträge sind demgegenüber aber sowohl thematisch als auch von der theoretischen Ausrichtung her nur schwer auf einen Nenner zu bringen. Die Bandbreite der angesprochenen Aspekte reicht von den Veränderungen der zivil-militärischen Beziehungen nach dem Ende der Wehrpflicht (Claude Weber) über die Rolle des Militärs im Bereich der Sportförderung und der Unterhaltungsindustrie (Fabian Virchow) bis hin zur Ritualisierung von Emotionen innerhalb des Militärs (Ljubica Jelusic) oder zum Verhältnis unterschiedlicher Wirklichkeitsebenen im Rahmen militärischer Übungen (Anne Irwin). Gemessen am ‚Innovationsgehalt‘ zeigt sich jedenfalls, dass die hier thematisierten Forschungsperspektiven nicht alle in der gleichen Weisen ‚neu‘ sind: Zu den in diesem Sinne weniger originellen Beiträgen gehört z.B. der Aufsatz von Igor Obraztov über die historische Entwicklung militärsoziologischer Forschung in Russland. Seine Ausführungen sind zwar an sich interessant, eröffnen jedoch unter forschungspraktischen Gesichtspunkten über den Vorschlag hinaus, die Geschichte der Militärsoziologie verstärkt aus einer international vergleichenden Perspektive zu betrachten, wenig Neues. Eher unbefriedigend bleibt in dieser Lesart auch der Beitrag von Morten Ender, der sich mit der Nutzung unterschiedlicher Kommunikationsmedien von Soldaten im Einsatz und ihren Angehörigen zu Hause beschäftigt und dessen Analyse trotz des Bezugs zu kommunikationswissenschaftlichen Konzepten letztlich kaum über eine statistisch deskriptive Beschreibung des Kommunikationsverhaltens von Soldaten und ihren Angehörigen hinausgeht. Besser geglückt erscheint demgegenüber Ulrich vom Hagens Versuch, unter Rückgriff auf die Ansätze von Max Weber und Pierre Bourdieu die Rolle der protestantischen Ethik für den Habitus des deutschen Offizierkorps herauszuarbeiten. Ähnliches gilt auch für den Beitrag von René Moelker, der an drei verschiedenen Beispielen überzeugend deutlich macht, auf welche Weise Norbert Elias’ Konfigurationsansatz für die Militärsoziologie fruchtbar gemacht werden kann. Als einer der am besten gelungenen Aufsätze ist schließlich der Beitrag von Paul Higate über obdachlose Armeeveteranen zu nennen, in dem unter Verweis auf „the mix of military-masculine gender ideology and physical capital developed in the Army“ (S. 312) und somit anhand typischer Merkmale militärischer Sozialisation prägnant aufgezeigt wird, warum Veteranen unter alleinstehenden Obdachlosen überproportional häufig vertreten sind.

Doch so lesenwert und stimulierend die einzelnen Beiträge des Buches zum Teil auch sind, in der Gesamtheit lässt die Lektüre einen zwiespältigen Eindruck zurück. Das wegweisende Einleitungskapitel und die pädagogische Grundstruktur der Einzelbeiträge stehen in Kontrast zur Heterogenität der Texte, die es schwer macht, unter all den angesprochenen Themen und Ansätzen überhaupt eine Art roter Faden zu erkennen. Bleibt zu hoffen, dass nicht nur der eine oder die andere Leser/In durch diesen

zweifelsohne lesenswerten Reader neue Impulse für die eigene Forschung erhält, sondern auch, dass die Überlegungen des Herausgebers als substanzielle Anregung für eine Diskussion um die Zukunft der Militärsoziologie verstanden und aufgegriffen werden.

#### **Zitierte Literatur:**

- Caforio, Giuseppe (Hg.) (2003): Handbook of the Sociology of the Military. New York: Kluwer Academic/Plenum Publishers.
- Callaghan, Jean/Kernic, Franz (Hg.) (2003): Armed Forces and International Security. Global Trends and Issues. Münster: Lit.
- Caplow, Theodore/Vennesson, Pascal (2000): Sociologie militaire. Paris: Armand Colin.
- Gareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (Hg.) (2004): Militär und Sozialwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heins, Volker/Warburg, Jens (2004): Kampf der Zivilisten. Militär und Gesellschaft im Wandel. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kernic, Franz (2001): Sozialwissenschaften und Militär. Eine kritische Analyse. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Kümmel, Gerhard/Prüfert, Andreas D. (Hg.) (2000): Military Sociology. The Richness of a Discipline. Baden-Baden: Nomos.
- Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hg.) (2005): Militärsoziologie – Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Nina Leonhard

## **NEWS**

- *Italien zieht seine Truppen aus dem Irak ab. Süddeutsche Zeitung, 20. Januar 2006.*

Noch rechtzeitig vor den Parlamentswahlen im Frühjahr 2006 hat die italienische Regierung den kompletten Abzug ihrer Truppen aus dem Irak angekündigt. Die Soldaten sollen bis Ende des Jahres schrittweise zurückkehren, sagte Verteidigungsminister Antonio Martino. Der seit 2003 laufende Irakeinsatz ist bei der italienischen Bevölkerung sehr unpopulär.

- *Britische Streitkräfte an ihrer Belastungsgrenze. Süddeutsche Zeitung, 28./29. Januar 2006.*

Die Aufstockung des britischen Truppenkontingentes in Afghanistan von 1100 auf 5250 Soldaten hat in England die Sorge ausgelöst, dass bald die Grenze der Belastbarkeit für die Streitkräfte des Landes erreicht werden könnte. Dies insbesondere deswegen, weil britische Truppen bereits in mehreren Teilen der Welt im Einsatz sind. So stehen 8000 Soldaten im Süden des Iraks. Kleinere Verbände sind im Kosovo und in Bosnien sowie im Rahmen der Vereinten Nationen in Sierra Leone, Liberia, Äthiopien und Georgien im Einsatz. In Deutschland hat Großbritannien noch immer 22000 Soldaten stationiert. Weitere 1100 Mann stehen in Nordirland, 3500 in Zypern und Gibraltar und 1100 auf den Falkland-Inseln

- *Die Söhne der Armen. Berliner Zeitung, 31. Januar 2006, S. 3.*

Der Blick des Rekruten Andrey Sytschow ist ernst. Er trägt eine Feldjägeruniform und steht schlaksig vor dem schmiedeeisernen Tor der Panzerfahrerschule in Tscheljabinsk. Es ist ein Bild aus dem Sommer des vergangenen Jahres. Das Foto des 19-Jährigen fehlt in diesen Tagen in keiner russischen Nachrichtensendung. Andrej Sytschow wird nie wieder auf gesunden Beinen stehen können. In der Neujahrsnacht misshandelten ihn elf seiner älteren Vorgesetzten so lange, dass ihm beide Beine, Teile der rechten Hand und seine Genitalien amputiert werden mussten. Seine betrunkenen Folterer banden ihn auf einen Stuhl und schlugen auf seine Beine ein. Später soll er gezwungen worden sein, stundenlang in der Hocke zu verharren. Angeblich soll Sytschow auch vergewaltigt worden sein. Erst vier Tage darauf wurde er in ein Krankenhaus eingeliefert. (...) An die Öffentlichkeit gelangte der Fall Andrej Sytschow erst mit dreiwöchiger Verspätung. Die „Dedowtschina“, die Misshandlungen russischer Rekruten durch ältere Vorgesetzte, hat in Russland Methode. Offiziere und ältere Wehrdienstleistende, die vor ihrer Demobilisierung stehen, erniedrigen und quälen junge Rekruten. Schwache geben die Demütigungen, die sie selbst erfahren haben, an noch Schwächere weiter. Tausende Wehrpflichtige werden Jahr für Jahr Opfer dieser Torturen. Im vergangenen Jahr verzeichnete die russische Armee 16 Todesopfer unter ihren Rekruten. Sie wurden zu Tode gequält, endeten durch Selbstmord,

wurden Opfer von Unfällen oder liefen Amok. Die Erfahrungen bei der Armee gehören zu den prägenden Erlebnissen eines russischen Mannes. Sie wirken nach. Sie zerstören Ehen und Familien, sie bestimmen das Verhältnis zu Vorgesetzten, sie machen Männer zu Duckmäusern oder zu Schlägern. Oder zu beides. Wie prägend dieses widerwärtige System der Demütigungen im Armeedienst ist, wurde selten so öffentlich wie dieser Tage. Selbst das russische Staatsfernsehen konnte die Nachricht von den Folterqualen Andrej Sytschows nicht unterdrücken. Rundfunksender lassen ihre Hörer in Diskussionssendungen zu Wort kommen und die Berichte der Betroffenen sind haarsträubend. (...) Drei der mutmaßlichen Täter wurden festgenommen. Gegen insgesamt zwölf Soldaten wurden Strafverfahren eingeleitet. Inzwischen erklärte Iwanow, jeder dieser Fälle müsse sorgfältig untersucht und die Ergebnisse bekannt gegeben werden. Doch seine Reaktion kommt zu spät. Selbst Russlands oberster Militärstaatsanwalt, Alexander Sawenko, dem Vorfälle dieser Art vertraut sein dürften, zeigte sich fassungslos. (...) Ein Wort des Bedauerns oder des Mitgeföhls für das Opfer fand indes bislang weder die russische Militärführung noch der Verteidigungsminister. Sergej Iwanow, der lange Zeit als potenzieller Nachfolger Wladimir Putins galt, habe mit seiner falschen und verspäteten Reaktion das Ende seiner Karriere besiegelt, schrieb die Zeitung Moskowski Komsomilez. „Er wird nie Präsident werden.“ Die Armeeführung wird dem Fall Andrej Sytschows wohl kaum mehr Bedeutung beimessen als den vorangegangenen. Die „Dedowtschina“ hat längst zu einer Kriminalisierung der Armee geführt, die kaum noch rückgängig zu machen ist. Eltern, die es sich leisten können, kaufen ihre Söhne vom Militärdienst frei. Vornehmlich Söhne aus armen Familien mit einem geringen Bildungsstand dienen in der russischen Armee. Die Rede ist von einer Proletarisierung der russischen Streitkräfte.

- *100. Brite getötet. WELT KOMPAKT, 01. Februar 2006, S. 9.*

Die Zahl der im Irak getöteten britischen Soldaten hat die Schwelle von 100 erreicht. Bei der Explosion einer am Straßenrand versteckten Bombe in Basra wurde ein Angehöriger der 7. Panzerbrigade getötet, drei weitere Soldaten erlitten Verletzungen. Großbritannien hat mehr als 8000 Soldaten im Irak stationiert, vor allem im schiitischen Süden. Die Zahl der getöteten US-Soldaten liegt bei mehr als 2200.

- *Bundeswehr-Geheimaktion in Afrika. WELT KOMPAKT, 06. Februar 2006, S. 8.*

Mit großem Materialaufwand hat die Bundeswehr im vergangenen Herbst eine Notevakuierung von Deutschen und anderen Europäern aus der Elfenbeinküste vorbereitet. (...) Dessen Bewertung als „Geheimaktion“ wies er aber zurück. Wie im Parlamentsbeteiligungsgesetz vorgeschrieben, seien die Obleute der Bundestagsfraktionen informiert worden, sagte der Sprecher. (...) Die „reine Vorsichtsmaßnahme“ sei in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt erfolgt. Laut Verteidigungsministerium war der Hintergrund der Planungen die vorgezogene Wahl in der Elfenbeinküste, in deren Zusammenhang es zu einer krisenhaften Entwicklung im Land kam. Nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes habe eine Gefährdung deutscher und ausländischer Staatsbürger nicht ausgeschlossen werden können. Daraufhin wurden drei für Hilfsflüge nach Darfur (Sudan) im benachbarten Ghana stationierte Transall-Transportflugzeuge der Luftwaffe nicht wie ursprünglich geplant abgezogen, sondern für eine mögliche Evakuierung vom 17. Oktober bis 12. November bereitgehalten. Diese Kräfte wurden abgelöst vom Einsatzgruppenversorger „Berlin“ der vom 9. bis zum 25. November von der Küste kreuzte. Zusätzlich hielten sich nach offiziellen Angaben rund 200 Soldaten der Division Spezielle Operationen auf dem Übungsplatz Daaden im Westerwald abmarschbereit.

- *Militärausgaben steigen. WELT KOMPAKT, 07. Februar 2006, S. 8.*

US-Präsident George W. Bush will die Ausgaben für die Streitkräfte und die innere Sicherheit erneut erhöhen. Sein am Montag in Washington veröffentlichter Entwurf für das Haushaltsjahr 2007 sieht einen Zuwachs im Verteidigungsressort um 6,9 Prozent auf 439,3 Milliarden Dollar (366,7 Milliarden Euro) vor. Das Ministerium für die Heimatschutz soll 33,1 Milliarden Dollar bekommen und damit 3,3 Prozent mehr als im derzeitigen Etat. Auch für die Diplomatie soll mehr Geld ausgegeben werden: Das Budget des Außenministeriums soll um 12,2 Prozent auf 33,9 Milliarden Dollar wachsen.

- *Israel will enger mit Nato kooperieren. Berliner Zeitung, 11.7.12. Februar 2006, S. 7.*

Israel strebt mit der Nato eine engere Zusammenarbeit an. (...) Danach will Israel etwa die Kooperation in der Rüstung ausbauen. Der Vorstoß passt zu Bestrebungen insbesondere der USA, engere Partnerschaften zwischen der Nato und Staaten außerhalb Europas zu entwickeln. Vor allem Länder im asiatisch-pazifischen Raum wie Japan oder Australien haben Interesse bekundet. Israel wäre der einzige Kandidat mit Atomwaffen. (...) Den Beitritt zur Militärallianz hält Eran offenbar für illusorisch. Realistisch sei es vielmehr, das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ weiterzuentwickeln. Auch

im Hauptquartier der Nato hieß es, von einer Mitgliedschaft sei weder in Israels Vorschlägen noch im Bündnis die Rede. Dem stünden auch die umstrittenen Grenzen des Landes entgegen. (...)

- *17 Tote bei Feuergefecht im Nordkaukasus. Berliner Zeitung, 11./12. Februar 2006, S. 8*

Beim schweren Feuergefecht zwischen russischen Truppen und bewaffneten Islamisten im Nordkaukasus sind 17 Rebellen und Polizisten ums Lebens gekommen. Die Rebellen hätten sich in Gehöften einer Ortschaft im Gebiet Stawropol, 40 Kilometer nördlich der Grenze zu Tschetschenien, versteckt gehalten, sagte ein Polizeisprecher gestern.

- *Mission ohne Kommando. Berliner Zeitung, 11./12. Februar 2006, S. 8.*

Die Europäische Union will zwischen 250 und 1500 Soldaten zur Absicherung der Wahl im Kongo entsenden. Das sieht nach Informationen der Berliner Zeitung ein Bericht vor, über den die EU-Staaten am Dienstag in Brüssel beraten. Er listet drei Optionen auf, von einer kleinen Mission bis hin zu einem Großeinsatz mit Reservekräften außerhalb des afrikanischen Landes. Unstimmigkeiten über die Führung der Mission und über die Beteiligung der EU-Staaten verzögerten allerdings vorerst eine Entscheidung. Deutschland ist bereit, Soldaten zu entsenden, will aber nicht das Kommando übernehmen. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) forderte beim Nato-Treffen in Taormina auf Sizilien eine „gemeinsame Verantwortung in Europa“ für den Einsatz. Eine deutsche Führungsrolle sehe er nicht. (...) Die EU-Truppe sollen die UN-Mission Monuc unterstützen, die rund 17 000 Blauhelme umfasst. Die UN-Truppe gilt als unbeweglich, schlecht ausgerüstet und wenig respektinflößend. Ihr Schwerpunkt liegt in den umkämpften Ost-Provinzen des Landes. Die Europäische Union soll dagegen voraussichtlich vor allem in den übrigen Regionen eingesetzt werden. Die Vereinten Nationen hoffen, dass die Präsenz im Kongo abschreckt. Eine erste EU-Operation im Kongo 2003 hatte fast vollständig Frankreich bestritten, Deutschland war logistisch an ihr beteiligt. (...)

- *Soldaten misshandelten Iraker in Basra. Berliner Zeitung, 13. Februar S. 6.*

In Großbritannien ist einem Zeitungsbericht zufolge ein Video aufgetaucht, in dem die Misshandlung irakischer Jugendlicher durch britische Soldaten zu sehen sein soll. Wie die Sonntagszeitung News of the World berichtet, sind darin britische Soldaten zu sehen, wie sie mehrere am Boden liegende Iraker mit Schlägen und Tritten traktieren. Das Video sei offenbar Anfang 2004 entstanden, als die britische Armee mit Straßenunruhen im Südirak zu tun hatte. Inzwischen hat die Regierung in London eine Untersuchung angeordnet. „Wir nehmen Vorwürfe über Misshandlungen sehr ernst, sie werden vollständig aufgeklärt“, sagte Premierminister Tony Blair gestern. „Das weltweite Ansehen britischer Soldaten muss verteidigt werden, indem die notwendigen Aktionen erfolgen“, hatte zuvor bereits Schatzkanzler Gordon Brown gesagt. Das Video, über dessen Existenz zunächst die britische Sonntags-Boulevardzeitung News of the World berichtete, wurde inzwischen von der BBC und weltweit von zahlreichen Fernsehstationen ausgestrahlt. Zu sehen sind Soldaten in Gefechtsuniformen, die drei harmlos aussehende Jugendliche in einen Hoff zerren und mit langen Knüppeln verprügeln. Der Kameramann ist mit den Worten zu hören: „Ja, ihr kleinen Arschlöcher, ihr kleinen Arschlöcher. Kriecht.“ Die BBC zählte innerhalb von einer Minute 42 Schläge und Stöße gegen die Teenager. Sie wurden zudem getreten, einer von ihnen in die Genitalien. In britischen Kommentaren hieß es, die brutalen Szenen könnten, obwohl sie bereits zwei Jahre alt sind, angesichts des Streits um die Mohammed-Karikaturen die Empörung von Muslimen über den Westen erneut anfachen. Der Sprecher der britischen Truppen im Irak erklärte, die mit dem Video verbundenen Vorwürfe betreffen lediglich eine ganz kleine Zahl der rund 80 000 Soldaten, die im Irak gedient haben, seit 2003 die von den USA angeführte Invasion zum Sturz des Saddam-Regimes begann. „Wir verurteilen jede Form von Misshandlungen und Brutalität“, sagte Militärsprecher Chris Thomas in der südirakischen Stadt Basra. (...)

- *Entlassungsgeld für Zivis & Soldaten. WELT KOMPAKT, 14. Februar 2006, S. 2*

Die von der großen Koalition geplanten Einschnitte bei Soldaten und Zivildienstleistenden fallen etwas geringer aus als zunächst geplant, berichtet die Deutsche Presse-Agentur am Abend. So soll Wehr- und Zivildienstleistenden nun doch wie bisher Entlassungsgeld gezahlt werden. Dagegen soll es für Zeitsoldaten wie geplant wegfallen. Die schwarz-rote Koalition hatte zur Sanierung des Bundeshaushalts eine Halbierung des Weihnachtsgeldes für Beamte und Versorgungsempfängern des Bundes sowie ursprünglich auch die komplette Streichung des Weihnachts- und Entlassungsgeldes für Wehr- und Zivildienstleistende angestrebt. Für Bundesminister soll das Weihnachtsgeld ganz gestrichen werden. Die Maßnahme soll Teil des Haushaltsbegleitgesetzes sein, das am 22. Februar zusammen mit dem Etatentwurf für das laufende Jahr im Kabinett beschlossen wird.

- *Rebellen töten Soldaten. WELT KOMPAKT, 14. Februar 2006, S. 7.*

Mindestens sechs kolumbianische Soldaten sind bei heftigen Gefechten mit linken Farc-Rebellen im Nordwesten des Landes getötet worden. Auch auf seiten der Guerilleros von den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (Farc) habe es viele Opfer gegeben, sagte der stellvertretende Gouverneur der Provinz Antioquia, Jorge Mejfa.

- *Neue Bilder des Grauens. WELT KOMPAKT, 16. Februar 2006, S. 7.*

Die Veröffentlichung neuer drastischer Bilder und Videos zum Folterskandal von Abu Ghraib droht die Spannungen im Irak und in der übrigen islamischen Welt weiter zu verschärfen. Der australische Fernsehsender SBS strahlte Aufnahmen aus, die die Misshandlung irakischer Gefangener in US-Haft im Bagdader Gefängnis Abu Ghraib zeigen sollen und in ihrer Dramatik weit über die bislang bekannten Bilder hinausgehen. Der arabische Fernsehsender al-Dschasira strahlte Auszüge aus dem australischen Gericht aus (...). Die bislang zurückgehaltenen Aufnahmen seien Ende 2003 in der gleichen Zeit wie die Fotos entstanden, die den Folterskandal um Abu Ghraib ausgelöst hatten, erklärte SBS. (...) Auf einigen Aufnahmen ist anscheinend Charles Graner zu sehen, der wegen Misshandlung von Gefangenen zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Zu sehen sind auf den in Australien ausgestrahlten Fotos und Videos unter anderem verletzte Gefangene oder sexuelle Handlungen. Bei Leichen in einigen Bildern handele es sich um Häftlinge, die in dem Gefängnis um Leben gekommen seien, erklärte der Sender. Auf einigen Aufnahmen ist ein blutverschmierter Zellentrakt mit einem Toten zu sehen, auf einem Auszug eine Gruppe nackter masturbierender Männer mit Tüten über den Köpfen. Ein weiteres Video zeigt einen Mann, der seinen Kopf immer wieder gegen die Wand schlägt. Laut SBS lagen auch eine Reihe Bilder vor, die Graner beim Sex mit der ebenfalls verurteilten Soldatin Lynndie England zeigten. Die Aufnahmen gehörten offenbar zu einer Reihe von Bildern, deren Herausgabe die Amerikanische Bürgerrechtsunion ACLU von der US-Regierung verlangt, erklärte SBS. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte 2004 vor dem Senat erklärt, dass nicht alle Bilder des Abu-Ghraib-Skandals veröffentlicht worden seien.

- *Ehrennadel, Anstecker und Tapferkeitsorden. Berliner Zeitung, 18./19. Februar 2006, S. 7.*

63 deutsche Soldaten sind bislang bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gestorben. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) will für sie nun ein zentrales Ehrenmal in Berlin errichten lassen. Man sei es den Soldaten schuldig, ihren „Einsatz für Frieden und Freiheit“ angemessen zu würdigen, argumentiert er. Es ist einer der ersten Vorschläge, mit denen sich der Minister seit seiner Amtsübernahme im November an die Öffentlichkeit traut. Jung nimmt damit eine Forderung aus den Reihen der Bundeswehr auf, die dort seit dem Selbstmordanschlag auf die Bundeswehr in Kabul Ende 2005 verstärkt diskutiert wird. Es sei „unehrenhaft, wenn der von den Feinden unserer Demokratie einem Soldaten zugefügte Tod wie ein Verkehrsunfall abgetan wird“, heißt es etwas auf der von einem Hamburger Oberstleutnant erstellten Internetseite [www.Bundeswehrmahnmal.de](http://www.Bundeswehrmahnmal.de). „Die Bereitschaft des Soldaten, seiner Tapferkeitspflicht auch nachzukommen, findet kaum öffentliche Beachtung.“ Ein anderer Oberstleutnant beklagt auf der Seite, die öffentliche Unterstützung für einen toten Soldaten ende „normalerweise mit einer Beerdigung“. Bislang erinnern an die toten Soldaten – 39 von ihnen starben bei Anschlägen, die anderen durch Unfälle oder Selbstmord – Denkmale an den Standorten der Teilstreitkräfte. Sie sind allerdings öffentlich nicht zugänglich. Dies bedeute eine „Ausgrenzung von Tod und Trauer aus dem Bewusstsein der Bevölkerung“, beklagt Truppenpsychologe Horst Schuh. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Ulrike Merten (SPD), hatte vor zwei Wochen der Berliner Zeitung gesagt, ein Ehrenmal sei auch die Möglichkeit, der Bevölkerung das Risiko der Einsätze vor Augen zu führen. (...) Bei der Opposition stieß Jungs Vorstoß auf Skepsis. „Das ist eine verkürzte Antwort auf eine berechtigte Frage“, sagte Grünen-Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei der Berliner Zeitung. Ein Erinnerungsort dürfe nicht nur für Soldaten eingerichtet werden. Es müsse dort auch Diplomaten, Polizisten und zivilen Helfern gedacht werden, die im Auslandseinsätzen ums Leben gekommen sind. Entscheidend sei, dass das Ehrenmal öffentlich zugänglich sei. Sinnvoll sei es, es in der Nähe des Bundestags zu errichten, da im Parlament die Entscheidungen über die Einsätze getroffen würden. Der Wehr-Experte der Linkspartei, Paul Schäfer sagte, Jungs Vorstoß stimme ihn misstrauisch. „Eine solche Erinnerungskultur ist fragwürdig, wenn damit die Heroisierung des Soldatentums verbunden ist“, sagte er. „Offenbar will man damit auch die Öffentlichkeit daran gewöhnen, dass bei Militäraktionen Soldaten umkommen.“ (...)

- *Deutscher Roboter geht auf Minenjagd. WELT KOMPAKT, 20. Februar 2006, S. 9.*

Unbemannte Kleinflugzeuge, die für Aufklärungszwecke, aber auch Bombenangriffe genutzt werden können, heißen bei den MilitärsUCAV – „Unmanned Combat Air Vehicles“. Nun gibt es das maritime Gegenstück – „Autonomous Underwater Vehicles“ (AUV). Dabei handelt es sich um kleine, un-

bemannte Tauchfahrzeuge, die unter Wasser Aufklärung betreiben und Seeminen schnell und kostengünstig aus dem Weg räumen können. Deutsches Know-how ist hier offenbar stark gefragt: Gerade hat die Royal Navy ein AUV-Waffensystem für ihre Minenräumer bei der Firma Atlas Elektronik in Bremen bestellt – den SeaFox (Seefuchs). Der SeaFox ist ein selbständig operierendes Unterwasserfahrzeug zur Minenbekämpfung, das nach Angaben des Herstellers viermal schneller als heutige Minenräumsysteme ist. Er ist 1,30 Meter lang und 40 Kilogramm schwer. Er wird von vier kleinen, horizontal arbeitenden Schiffsschrauben angetrieben. Ein fünfter Antrieb ist für die vertikale Richtung zuständig. Die Steuerung erfolgt von Bord aus per Kabel. Der Tauchroboter ist in der Lage, mit Ultraschall, Echogerät und optischen Sensoren alle Arten Minen aufzuspüren – mögen sie direkt am Meeresboden verankert sein, in verschiedener Höhe an Kabeln über dem Boden schwimmen oder an der Seeoberfläche treiben. Der wiederverwendbare SeaFox I (Inspection) ist unbewaffnet und nur für Inspektionen ausgelegt. Der SeaFox C(Combat) ist die Kampfversion für die Minensprengung. (...) Einschließlich England haben bis jetzt bereits sechs Nationen SeaFox-Minensucher in Deutschland bestellt. Die Unterwasserfahrzeuge werden normalerweise von Schiffen aus eingesetzt. Eine Sonderrolle nehmen indes die Amerikaner ein. Sie schicken den deutschen Seefuchs vom Hubschrauber aus auf die Minenjagd.

- *Soldat zu Tode gequält. WELT KOMPAKT, 21. Februar 2006, S. 7.*

Drei russische Soldaten haben in einer Kaserne offenbar einen Kameraden zu Tode gequält. Der 23 Jahre alte Nursulla Dautow erlag am vergangenen Montag in einem Krankenhaus in Ufa 15000 Kilometer östlich von Moskau schweren Hirn- und anderen Verletzungen. Die drei Soldaten wurden am Montag festgenommen.

- *Die Armee der kleinen Roboter. Berliner Zeitung, 21. Februar 2006, S. 12.*

Schon fünf Stunden vor dem Abflug ins Urlaubsparadies am Flughafen sein – so ungemütlich sieht eines der Zukunftsszenarien des Dortmunder Physikers Jürgen Altmann aus. Denn jeder Passagier muss samt seinem Handgepäck durchsucht werden. Die Metalldetektoren und Röntengeräte können die neuen Materialien nicht erkennen, aus denen Waffen und Munition jetzt bestehen. Womöglich sind sie aus Nanoröhren gefertigt – das sind feinste Kohlenstoffröhrchen, die sich zu einem Stoff verweben lassen, der fester ist als Stahl. Dieses Szenario ist noch eines der harmloseren, die Jürgen Altmann in seiner Studie über Nanotechnologie und Rüstungskontrolle entwirft. Die Untersuchung wurde von der Deutschen Stiftung Friedensforschung finanziert und gestern in Berlin als Buch vorgestellt. Es ist die erste Studie dieser Art. „Nanotechnologische Neuerungen werden in den nächsten Jahrzehnten die Militärtechnik revolutionieren“, sagt Jürgen Altmann, der auch stellvertretender Sprecher des Abrüstungsarbeitskreises der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ist. „Noch haben wir die Chance, diese Entwicklung so zu lenken, dass negative Folgen für die Sicherheit der Menschen weitgehend ausgeschlossen werden.“ Rund vierhundert Publikationen hat Altmann ausgewertet. Sie alle befassen sich mit Partikeln und winzigen Bauteilen im Nanometermaßstab (ein Nanometer ist ein milliardstel Meter) Aus diesen Teilchen lassen sich neuartige Materialien herstellen, kleinste elektronische Geräte und extrem empfindliche Sensoren. Die Nanotechnologie beflügelt die Phantasie der Militärplaner. In den Köpfen der Strategen existiert bereits das Schlachtfeld der Zukunft, das die winzigen Bauteile und neuen Materialien ermöglichen sollen. Ob an Land, zu Wasser oder in der Luft – schnelle Roboter von der Größe eines Spielzeugautos suchen sich mithilfe kleiner, aber leistungsfähiger Radargeräte und Wärmesensoren selbständig ihre Gegner und zerstören sie mit hochexplosiven Geschossen. Die Soldaten, die dann ein so erobertes Gebiet besetzen, stecken in leichten Hightech-Anzügen, die mithilfe von winzigen Leuchtdioden ihre Tarnfarbe wechseln können. Elektroaktive Kunststoffe im Anzug können sich bei Bedarf zusammenziehen und verletzte Gliedmaßen abbinden. Und über einen in die Hirnrinde eingepflanzten Mikrochip kann der Kombattant des 21. Jahrhunderts sein Fahrzeug durch Gedankenkraft steuern. „Gerade diese letzte, besonders futuristisch klingende Idee wird tatsächlich schon erforscht“, berichtet Jürgen Altmann. Als Beispiel führt er ein im letzten Jahr veröffentlichtes Experiment an der Duke University in North Carolina an, das unter anderem mit Geldern des US-Verteidigungsministeriums finanziert wurde. Affen bekamen dabei eine Anordnung von hundert feinen Elektroden ins Gehirn gepflanzt. Die Forscher konnten ihnen danach beibringen, einen Roboterarm nur mit ihren Gedanken zu steuern. Um ein solches System im Kampf anzuwenden, bräuchte man empfindliche Antennen, um die schwachen Signale des winzigen Neurochips zu empfangen. Das sei nur mit Nanotechnik möglich, sagt Altmann. Der Physiker fordert ein zehnjähriges Moratorium für Studien zum Eingriff in den Körper von Soldaten, um über die ethischen Konsequenzen zu diskutieren. „Die USA sind der große Vorreiter auf dem Gebiet der militärischen Nanotechnologie“, sagt Ma-

thias Gründe vom Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen. Rund ein Viertel der gesamten Regierungsausgaben für Nanotechnologie werden für militärische Projekte verwendet. Am renommierten MIT wurde von der US-Armee ein Institut für Soldaten. Nanotechnologie gegründet. „Das deutsche Verteidigungsministerium unterstützt zwar auch einzelne Entwicklungsprojekte, die etwas mit Nanotechnologie zu tun haben“, berichtet Grüne, „Eine gebündelte Förderung gibt es aber nicht.“ Immerhin hat das Ministerium nun sein Institut beauftragt, eine Studie über die Anwendungsmöglichkeiten in der Bundeswehr zu erstellen; sie wird Anfang April ebenfalls in Buchform erscheinen. Vor allem eines ist Grüne und seinen Kollegen klar geworden: Die Ideen zu militärischen Innovationen kommen oft aus dem zivilen Bereich. „Wir haben eine Liste mit 250 nanotechnologischen Produkten erstellt, die für die Bundeswehr nützlich sein könnten“, erzählt Grüne und fügt hinzu: „215 davon stammen aus ziviler Forschung.“ Ein Umstand, der es nicht leicht macht, die Verbreitung von militärischer Nanotechnologie zu kontrollieren. So entwickeln Forscher zurzeit Nanopartikel, die etwa Krebsmedikamente direkt in die Tumoren einschleusen sollen. Um Nebenwirkungen zu vermeiden, suchen die Wissenschaftler nach Wegen, um das Immunsystem des Körpers zu überlisten. In falschen Händen könnten die vor dem Immunsystem getarnten Partikel zu gefährlichen Waffen werden, wenn sie Giftstoffe oder Krankheitserreger verbreiten. Jürgen Altmann sieht noch ein weiteres Problem: „Nanotechnik führt zu schnelleren und billigeren Systemen – und damit zu mehr Automatisierung“, sagt er. Wenn selbstständig schießende Roboter in Krisenregionen geschickt würden, seien Opfer in der Zivilbevölkerung programmiert. Für solch komplexe Situationen wäre eine bisher unerreichte Stufe künstlicher Intelligenz nötig, sagt Altmann. Und selbst die menschliche Intelligenz reiche oft nicht aus: Im Februar 2002 starben zum Beispiel in Afghanistan drei Bauern durch eine ferngesteuerte Rakete. Einer der Bauern wurde fälschlich für Osama bin Laden gehalten. Altmann rät Politikern daher, autonome mobile Systeme unter einem halben Meter Länge generell zu verbieten, da man diese leicht verstecken und so einer Kontrolle entziehen könne. Ausnahmen davon sollten nur in wenigen Fällen gelten, zum Beispiel bei Erkundungsrobotern für die Bergung von Verschütteten. Zudem dürfe der Schussbefehl weiterhin nur von Menschen erteilt werden, und die neuen militärischen Systeme sollten in die bestehenden Abrüstungsverträge aufgenommen werden. Dem Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Deutschen Bundestag wurden die Ergebnisse der Studie bereits vorgestellt. Die Vorsitzende Uta Zapf (SPD) ist allerdings skeptisch, ob sich die Handlungsempfehlungen international durchsetzen lassen. Denn zum einen hätten sowohl die USA wie auch China noch immer keine Unterschrift unter bereits fertige Verträge zur Rüstungskontrolle gesetzt. Zapf: „Außerdem ist es natürlich schwierig, den nötigen öffentlichen Druck herzustellen, wenn die Waffen noch gar nicht auf dem Markt sind.“

- *Rekrutenquälen im Namen des Vaterlandes. Berliner Zeitung, 23. Februar 2006, S. 8.*

Der 23. Februar ist ein Feiertag in Russland: der Tag des Vaterlandsverteidigers. Der Rekrut Nasrulla Daudow wird diesen Tag nicht mehr gehen können. Er starb, wie am Vorabend bekannt wurde. Ende Januar, nachdem er mit Gehirnblutungen und zahlreichen Verletzungen in ein Krankenhaus in Ufa eingeliefert worden war. Daudow wurde von drei Vaterlandsverteidigern zu Tode gequält. Es ist bereits der zweite spektakuläre Fall von Rekrutenmisshandlung in der russischen Armee in diesem Jahr. 16 Soldaten starben nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums im vergangenen Jahr an den Folgen von Misshandlungen durch Vorgesetzte oder Dienstältere. 276 begingen Selbstmord. Insgesamt kamen 1064 im vergangenen Jahr außerhalb von Kampfhandlungen ums Leben. Die Vereinigung „Das Recht der Mutter“ dagegen spricht von mindestens 3000 russischen Soldaten, die jährlich in den Streitkräften gefoltert und in den Tod getrieben werden. Michails Farbe ist Schwarz. Lederjacke, Hose, Schuhe, Mütze – alles ist schwarz. Nur sein Feuerzeug, mit dem er unablässig spielt, leuchtet orange. Wenn Michail redet, schaut er auf dieses Feuerzeug. Michail diene als einfacher Soldat. Seine Einheit war die Raketenbasis Balobanowa-1, nahe Kaluga. Er blieb dort 22 Monate, bis drei vorgesetzte Offiziere ihn so brutal folterten, dass er die letzten zwei Monate seiner Wehrdienstzeit im Krankenhaus verbringen musste. Es ging um mehrere Kanister Benzin. Jemand hatte sie geklaut. Seine Vorgesetzten, drei Offiziere, wollten wissen, wer. Michail erwischte sie in der Werkstatt. An diesem Abend waren alle drei betrunken. Zwei hielten Michail fest, der dritte schlug zu. Ins Gesicht, in den Magen und in den Unterleib. „Ich kann mich nicht an alles erinnern“, sagt Michail, „ab und zu muss ich das Bewusstsein verloren haben.“ Sie schlugen und sie drohten ihm, bis einer der drei auf die Idee kam, ihm mit einem herumliegenden Draht zu würgen. Als die drei nach Stunden von ihm abließen, schleppte sich Michail zurück in die Kaserne auf sein Bett. Am nächsten Morgen bot er einen furchterregenden Anblick. Man brachte ihn zur Kommandantur. Der Kommandeur befahl Michail habe weiter



zu „dienen“. Ein Lazarettaufenthalt kam nicht in Frage. „Da bin ich abgehauen“, sagt Michail. „Ich habe meine Eltern angerufen und bin nach Hause gefahren. Seine Eltern brachten Michail ins Krankenhaus. Die Ärzte diagnostizierten eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen. „Ich konnte zwei Wochen lang nichts essen“, sagt Michail. Den letzten Monat verbracht er in der psychiatrischen Abteilung. „Sie haben ihn gefoltert“, sagt Ljudmilla Worobjowa. Sie arbeitet für das Komitee der Soldatenmütter Russlands und hat Michails Fall betreut. Michail ist 20 Jahre alt. Er sieht aus wie 16. Wenn er aufschaut, dann nur für den Bruchteil einer Sekunde. Sein blasses Gesicht, das farblose, kurzgeschorene Haar, die schwarze Kleidung – ein Bild, wie ein Negativabzug. Mit ihm zu reden, heißt, ihn zu überreden. Eine Unterhaltung ist unmöglich. Das Stakkato seiner Antworten wiederholt sich: ja, nein, weiß nicht. Selten lässt er sich zu einem ganzen Satz bewegen. „Dedowtschina“ nennt man die Misshandlungen und Demütigung von Rekruten in der russischen Armee. Die „Dedi“, Offiziere und ältere Wehrdienstleistende, die vor der Demobilisierung stehen, erniedrigen und quälen jüngere Rekruten. Der Fall des Rekruten Andrej Sytschow, der von elf seiner Vorgesetzten in der Silvesternacht so lange gepeinigt wurde, bis ihm Beine und Genitalien amputiert werden mussten, hat Russlands Öffentlichkeit auch deshalb so aufgewühlt, weil es kaum eine Familie gibt, deren männliche Vertreter keinen Fall von Dedowtschina erlebt hätten. Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow fand auf die 16 im vergangenen Jahr tödlich verlaufenen Fälle von Dedowtschina in der vergangenen Woche eine zynische Antwort: „Es gibt keine Krise in der russischen Armee.“ Im Rahmen einer offenen Aussprache im russischen Parlament, zu der sich Iwanow nach immer mehr bekannt gewordenen Fällen gezwungen sah, erklärte er, die Zahl von „Unfällen unter Jugendlichen“ sei unter Wehrdienstleistenden zudem um die Hälfte geringer als im Zivilleben. Dass in russischen Medien offen dazu aufgerufen werde, sich dem Wehrdienst zu entziehen, wertete Iwanow als Vaterlandsverrat. Die russische Armee sei nun einmal Teil der russischen Gesellschaft und die Kriminalitätsrate sei hoch, so Iwanow. Um Abhilfe zu schaffen, will die Regierung die Armee nun zur Selbstkontrolle zwingen: Eine Art Selbstkontrolle zwingen: Eine Art Militärpolizei soll Folter und Misshandlungen unterbinden. (...) Wie lange dauerte seine Ausbildung? Eineinhalb Monate.“ Was hat man ihm beigebracht? „Eigentlich nichts.“ Wie man mit einem Gewehr umgeht? „Ein bisschen.“ Wie man schießt? „Zweimal haben wir auch geschossen.“ Niemand wird Michail je fragen, was er bei der Armee gelernt hat. Seine Eltern bemühen sich jetzt darum, ein Scherzengeld vor Gericht zu erstreiten. Seine Peiniger wurden zu drei und dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Verteidigungsminister Iwanow erklärte im Parlament: „Wir erhalten Tausende Briefe von Müttern, voller Dankesworte dafür, dass wir ihre Söhne einberufen haben, dass sie genug zu essen bekommen und zu echten Männern werden.“

• *Entsetzliche Zustände im US-Foltercamp von Bagram. Berliner Zeitung, 28. Februar 2006, S. 6.*

In Afghanistan gibt es nach einem Bericht der Zeitung New York Times ein US-Gefangenenlager, in dem schlimmere Zustände herrschen als in Guantanamo auf Kuba. Die US-Armee habe auf ihrem Stützpunkt Bagram bei Kabul unbemerkt von der Öffentlichkeit ein Gefängnis ausgebaut und halte dort rund 500 Menschen fest, berichtete die Zeitung am Sonntag. Bei zahlreichen Gelegenheiten hätten Vertreter des Verteidigungsministeriums in Washington das Gefängnis als Provisorium beschrieben. Dort seien hauptsächlich Afghanen eingesperrt, die schließlich amnestiert oder in eine afghanische Haftanstalt verlegt würden, die mit US-Hilfe gebaut werde. Tatsächlich aber seien die Häftlinge in Bagram bis zu drei Jahre festgehalten worden. Den Häftlingen in Bagram würden bis heute Anwälte vorenthalten, sie wüssten nichts über die Vorwürfe gegen sie und würden von den USA als feindliche Kämpfer angesehen, berichtete die New York Times weiter. Ehemalige Gefangene, Militärvertreter und Soldaten hätten Anlagen beschrieben, in denen Männer in Drahtkäfigen gehalten würden und bis vor einem Jahr Eimer als Toiletten benutzen mussten. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz habe Zugang zu dem Gefängnis. Ranghohe Pentagon-Vertreter hätten zu dem Bericht nichts sagen wollen. Der US-Stützpunkt Bagram liegt rund 65 Kilometer von Kabul entfernt. Bereits im Mai 2005 hatte die New York Times berichtet, dass US-Vernehmer und Militärs in Bagram mindestens zwei Häftlinge zu Tode gefoltert hätten. Das Blatt berief sich dabei auf einen Ermittlungsbericht der US-Armee. Danach wurden die beiden Internierten tagelang an Ketten an der Zellendecke aufgehängt und schwer geschlagen. Einer der Häftlinge sei auch von der Mehrheit der Vernehmer als unschuldig angesehen worden. Der Ermittlungsbericht enthielt laut New York Times zahlreiche Hinweise auf weitere widerwärtige Vorgänge. So seien Häftlinge gezwungen worden, ihre Trinkbecher aus einem Bottich mit Exkrementen zu fischen. (...)

- *Jeder dritte zum Psychiater. WELT KOMPAKT, 1. März 2006, S. 8.*

Mehr als ein Drittel aller aus dem Irak zurückgekehrten US-Soldaten haben binnen eines Jahres nach dem Einsatz psychologische Hilfe erhalten. Dies geht aus einer Untersuchung des Verteidigungsministeriums in Washington hervor. Bei zwölf Prozent der Heimkehrer wurden der Erhebung zufolge psychische Probleme diagnostiziert.

- *Europa baut unbemannten Kampffjet. WELT KOMPAKT, 9. März 2006, S. 11.*

In etwa 15 bis 20 Jahren könnte ein Drittel der gesamten Luftkriegsführung ohne Piloten stattfinden. Die gefährlichsten Aufgaben würden dann von unbemannten Flugzeugen absolviert, prophezeien einige Militärexperten. Dass dies nicht aus der Luft gegriffen ist, haben amerikanische Versuche in den vergangenen Jahren deutlich gemacht. So ist es dem Vorläufer eines unbemannten US-Kampfflugzeuges, eine X-45A, gelungen, aus mehr als zehn Kilometer Höhe einen Lastkraftwagen mit einer über GPS gesteuerten Bombe zu treffen. Vor wenigen Tagen kamen nun auch Frankreich, Griechenland, Italien, Schweden, Schweiz und Spanien überein, das erste unbemannte, europäische Kampfflugzeug zu entwickeln. Das europäische UCAV (Unmanned Combat Aerial Vehicle) mit dem Namen „Neuron“ wird unter Federführung des französischen Konzerns Dassault Aviation entwickelt und soll zehn Meter lang werden, bei einer Spannweite von zwölf Metern und einem Gewicht von sechs Tonnen. Unter anderem soll Neuron lasergesteuerte 250-Kilo-Bomben ins Ziel bringen können. Neuron soll durch seine Bauweise von der Luftabwehr kaum zu orten sein. Der Erstflug ist für 2011 vorgesehen. Im gleichen Zeitraum soll auch die X-45N fertig werden, eine größere Version der jetzt getesteten X-45A. Auch die Engländer haben jetzt enthüllt, dass sie eigene Pläne für ein unbemanntes Kampfflugzeug verfolgen. (...)

- *Jeder Kreis erhält ein Bundeswehr-Kommando. Welt KOMPAKT, 14. März 2006, S. 5.*

Die Bundeswehr wird die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inland durch den Einsatz von 5500 Rekruten verstärken. Nach dem erfolgreichen Abschluss eines Modellversuchs in den Ländern Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern kündigte Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) gegenüber WELT KOMPAKT an: „Zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den unteren und mittleren Katastrophenschutzbehörden werden wir etwa 470 Verbindungskommandos einrichten.“ Jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt und jeder Regierungsbezirk werde in Zukunft ein derartiges Verbindungskommando erhalten, sagte Jung. Mit dem Aufbau dieser mit jeweils zehn Reservisten unter Führung eines Stabsoffiziers besetzten Verbindungskommandos war in den drei Bundesländern im Rahmen des Modellversuchs bereits begonnen worden. Dass das Modell in der Praxis funktioniert, zeigte sich besonders bei der Bekämpfung der Vogelgrippe auf der Insel Rügen, bei der die Unterstützung der Bundeswehr angefordert worden war. Jung sagte, die bisher durchgeführten Modellversuche seien erfolgreich gewesen, daher werde das Modell bundesweit eingeführt.

- *Soldatenabzug aus Irak. WELT KOMPAKT, 14. März 2006, S. 7.*

Großbritannien will in den kommenden Monaten rund 800 seiner Soldaten aus dem Irak abziehen. Damit reduziere sich die britische Truppenstärke in dem Golfstaat um rund zehn Prozent, sagte Verteidigungsminister John Reid am Montag im Parlament in London.

- *Armee sucht in Rio mit Satelliten Verbrecher. WELT KOMPAKT, 16. März 2006, S. 11.*

Brasiliens Armee geht in Rio de Janeiro mit Hochtechnologie auf Verbrecherjagd. Während eines mehrtägigen Einsatzes in den Armenvierteln der Millionstadt nutzen die Militärs ein Radar- und Satellitensystem zur Regenwaldbeobachtung, um die verwinkelten Hüttensiedlungen genau zu kartographieren. Mit Mobilfunkdaten erstellten sie Bewegungsprofile gesuchter Drogenhändler. Die dreidimensionalen Bilder der Satellitenüberwachung erlaubten es den Fahndern, Personen zu identifizieren und Routen für Patrouillen zu finden. Die rings um Rio gelegenen Favelas sind für die Polizei bislang nicht zu kontrollieren. Drogenbarone kontrollieren das Terrain. Mit dem Satellitensystem habe die Armee binnen zehn Tagen mehr Informationen sammeln könne, als in den letzten 14 Jahren zusammen, sagte ein Offizier der Zeitung „O Estado“.

- *Munition für die Gegner des Irak-Krieges. Berliner Zeitung, 21. März 2006, S. 7.*

Drei Jahre nach der US-Invasion herrschen im Irak bürgerkriegsähnliche Zustände; immer wieder sorgen Foltterwürfe oder Morde an Zivilisten durch Milizionäre und US-Truppen für Schlagzeilen; 2 300 US-Soldaten und schätzungsweise 100 000 irakische Zivilisten sind bisher ums Leben gekommen. Inzwischen glauben rund 60 Prozent der US-Amerikaner, dass der mehr als 200 Milliarden Dollar teure Feldzug ein Fehler war. US-Präsident George W. Bush wird dennoch nicht müde, den Irak-Krieg als Erfolgsgeschichte zu verkaufen. Für die schlechte Stimmung im eigenen Land macht er die Medien verantwortlich: Fernsehen und Zeitungen ignorierten die guten Nachrichten, weil Bilder von

Bombenexplosionen und Anschlägen spektakulärer seien, sagte der Präsident am Montag in einer Rede in Cleveland (Ohio). Bush-Kritikern und Kriegsgegnern liefert das jetzt veröffentlichte Buch „Cobra II“ neue Argumente. Dessen Verfasser, der New York Times-Journalist Michael Gordon und der frühere Heeres-General Bernhard Trainor, schreiben, das Chaos sei vor allem dramatischen Fehlern bei der Vorbereitung des Krieges geschuldet. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld etwa habe sich aus ideologischen Gründen über taktische Bedenken des Militärs hinweggesetzt und sei dabei von Douglas Feith, Chef der Pentagon-internen Spionageabteilung „Office of Special Plans“, unterstützt worden, schreiben die Autoren. (...) Für Bush sei es das wichtigste gewesen, TV-Bilder von dankbaren Irakern und von der Entdeckung von Massenvernichtungswaffen zu produzieren. Die Invasion habe aber auch unter Kommunikationsproblemen gelitten: Iraker hätten versucht, Kontakt mit Armeeeinheiten aufzunehmen, aber die hätten keinen Übersetzer dabeigehabt. Rumsfeld habe vorgeschlagen, die neue irakische Armee „NIC“ – New Iraqi Corps – zu nennen. Dies sei jedoch das arabische Äquivalent für „fuck“. Gordon zufolge hätten die USA weitreichende Zugeständnisse gemacht, um sich in der islamischen Welt Unterstützung für ihren Krieg zu erkaufen. (...)

- *Konzernumbau macht Rheinmetall profitabler. Berliner Zeitung, 25. März 2006, S. 12*

Rheinmetall hat nach seinem Konzernumbau den Gewinn 2005 um 17 Prozent auf 118 Millionen Euro gesteigert. Der Umsatz wuchs auf 3,454 (3,413) Milliarden Euro. Die Autosparte erwirtschaftete 2,05 Milliarden und die Rüstungssparte 1,4 Milliarden Euro.

- *Bundeswehr-Piloten sollen Kosten erstatten., Süddeutsche Zeitung, 31. März 2006*

Die Bundeswehr darf Ausbildungskosten von späteren Kriegsdienstverweigerern begrenzt zurückverlangen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden. Der zu erstattende Betrag dürfe nicht so hoch sein, dass er abschrecke, einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu stellen. Welcher Betrag angemessen ist, hänge von den Ausbildungskosten ab. Im vorliegenden Fall hatten zwei Zeitsoldaten geklagt, die zu Piloten für die Transall ausgebildet worden waren. Die Ausbildung kostete die Bundeswehr jeweils etwa 600 000 Euro. Davon sollten die Offiziere je 94 000 Euro zurückzahlen. Die Männer sahen darin einen unzulässigen Eingriff in die Freiheit ihrer Entscheidung, den Kriegsdienst zu verweigern. Dem folgten die Leipziger Richter zum Teil und hoben das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg auf. Dort muss nun geklärt werden, wie hoch die Kosten bei den Klägern sein dürfen. (Az. BverwG 2 C 18.05 und 2 C 19.05.)

- *Iran testet erstmals Tarnkappenrakete. Berliner Zeitung, 1./2 April 2006, S. 8.*

Der Iran hat gestern eine neuartige Rakete mit Tarnkappeneigenschaften getestet. Sie könne der Radarerkennung entgehen und mehrere Sprengköpfe gleichzeitig in verschiedene Ziele bringen, erklärten die Revolutionsgarden. Die Reichweite der Rakete soll zwischen 1 300 und 2 000 Kilometern liegen.

- *Umbenennung von Kasernen sorgt für Ärger. Berliner Zeitung, 1./2. April 2006, S. 6.*

In der Luftwaffe herrscht erheblicher Unmut über eine Gruppe ehemaliger Generäle, die seit Jahren gegen die Umbenennung von Bundeswehr-Einrichtungen protestiert, die den Namen von Angehörigen der Legion Condor trugen. Die jüngste Aktion der Generäle: Anlässlich der 50-Jahr-Feier der Luftwaffe schalten sie an diesem Wochenende nach Informationen der Berliner Zeitung Anzeigen in überregionalen Zeitungen. In der Luftwaffe wird befürchtet, dass der anhaltende Protest dem Ansehen der Bundeswehr schadet. Die Umbenennung hatte der Bundestag 1998 zusammen mit einer Erklärung beschlossen, in der das Parlament sich für die Bombardierung der spanischen Stadt Guernica während des spanischen Bürgerkriegs im Jahr 1937 durch die deutsche Fliegerstaffel Legion Condor entschuldigte. Im Jahre 2005 hatte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) daraus die Konsequenz gezogen und den Beinamen „Mölders“ aus dem Namen des in Neuburg an der Donau stationierten Jagdgeschwaders 74 streichen lassen. (...) In der Luftwaffe hofft man auf ein baldiges Ende des Protests. „Die aktive Luftwaffe und die große Mehrheit der Ehemaligen schließt sich dem Parlaments-Beschluss vorbehaltlos an“, hieß es dort.

- *Kongo-Einsatz wird dreimal teurer. WELT KOMPAKT, 4. April 2006, S. 2.*

Der Bundeswehr-Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo wird drei Mal so viel kosten wie bisher vermutet. Nach einer Schätzung des Bundesverteidigungsministeriums werde sich der deutsche Beitrag zu der geplanten EU-Mission voraussichtlich auf rund 64 Millionen Euro belaufen, berichtet die FTD. Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) hatte Medienberichten zufolge vor Unionsabgeordneten letzte Woche noch Kosten von 20 Millionen Euro ins Spiel gebracht. (...) Der Einsatz solle aus dem Wehretat und nicht – wie dem Bericht zufolge von Jung ursprünglich gehofft – aus allgemeinen Mitteln des Bundeshaushaltes finanziert werden.

- Britische Besatzer folterten Deutsche., Süddeutsche Zeitung, 04. April 2006

Britische Militärangehörige sollen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland systematisch Frauen und Männer gefoltert haben, die als Kommunisten und Sympathisanten der Sowjetunion galten. Das berichtete die liberale Tageszeitung ‚The Guardian‘ in ihrer Ausgabe vom 02. 04. 06 unter Berufung auf jetzt frei gegebene 60 Jahre alte Dokumente des britischen Verteidigungsministeriums. Dazu gehörten etliche Fotos von Folteropfern. Die Bilder zeigen Männer, die monatelang Aushungerung, Schlafentzug und Schläge in einem von zahlreichen Verhörzentren ertragen mussten, die vom Kriegsministerium in Nachkriegsdeutschland unterhalten wurden. Die Briten verwendeten dabei angeblich Folterwerkzeuge aus Gestapogefängnissen.

- *Rumsfeld bald allein zu Haus? Berliner Zeitung, 4. April 2006, S. 1.*

Lange Zeit galt ihr Schweigen als Zustimmung zur militärischen Strategie der USA im Irak: Wann immer öffentlich Kritik an der Kriegsführung laut wurde, verwiesen Präsident George W. Bush und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf die Zustimmung der Generäle: Solange sie sich nicht beschwerten, sei jede Kritik irrelevant. Doch mit dem Schweigen ist jetzt Schluss. Seit die Umfragergebnisse des Präsidenten im Keller sind, seit die Mehrheit der Amerikaner ihre tiefe Unzufriedenheit über den Irak-Krieg äußert, seit immer weniger junge Männer zur Armee wollen und nachdem selbst Außenministerin Condoleezza Rice „Tausende von Fehlern“ eingesteht, bekommt der Verteidigungsminister immer mehr Schelte aus dem eigenen Haus: Nachdem der mittlerweile pensionierte Generalmajor Paul Eaton, der in Irak für das Training der irakischen Armee zuständig war, als erster Zweifel an Rumsfeld äußerte, hat nun General Antony Zinni nachgelegt. Der ehemalige Chef des Central Kommandos forderte im Fernsehsender NBC den Rücktritt Rumsfelds und warf dem Pentagon-Chef katastrophale Fehlplanung zu Beginn des Kriegs vor. Außerdem kritisierte Zinni Rumsfelds „Unfähigkeit von anderen Leuten einen Rat anzunehmen“. Vor Beginn des Krieges hatte der damalige Heereschef Eric Shinseki erklärt, die USA benötigten mindestens 200 000 Soldaten, um den Irak zu befrieden. Rumsfeld hatte diesen Ratschlag weggewischt. (...)

- *Jung: Auslandseinsätze ins Grundgesetz. Berliner Zeitung, 5. April 2006, S. 8.*

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) will das Grundgesetz ändern, um die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr neu zu definieren. Nötig sei eine rechtliche Klarstellung im Grundgesetz für künftige Missionen zu Luft und auf See. Darüber hinaus sei es wünschenswert, die verfassungsrechtliche Grundlage für die Auslandseinsätze klarer zu fassen, sagte Jung. Dafür müsse der Artikel 87a des Grundgesetzes, in dem die Aufstellung und Befugnisse der Streitkräfte geregelt wird, präziser gefasst werden. „Wenn es als erforderlich angesehen wird, werde ich mich gegen solche Überlegungen nicht sträuben“, sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) der Berliner Zeitung. Voraussetzung sei allerdings, dass die geplanten Verfassungsänderungen hinreichend eng und konkret gefasst seien. „Klar ist, dass dies kein Einfallstor für einen Bundeswehr-Einsatz im Inneren sein darf“, fügte sie hinzu. Nach Jungs Angaben soll es auch um die Grenzziehung zwischen dem Bündnis- und dem Verteidigungsfall gehen. Die Debatte wolle er mit dem neuen Weißbuch anregen, über das das Kabinett noch vor der Sommerpause beschließen solle, sagte Jung. (...)

- *Iran meldet Tests neuer Waffen. Berliner Zeitung, 5. April 2006, S. 8.*

Der Iran hat gestern den erfolgreichen Test neuer Waffensysteme vermeldet. Im Rahmen des Seemannövers „Heiliger Prophet“ sei ein „super-modernes Flugboot“ erprobt worden, berichtete das staatliche Fernsehen. Gezeigt wurde eine Maschine mit Delta-Flügeln, die von einem einzigen Piloten gesteuert wird und in weniger als zehn Metern Höhe über dem Wasser fliegen kann. Konteradmiral Mohammad Ebrahim Dehghani berichtete von einem neuen Torpedo, der „U-Boote in der Tiefe treffen und sie in zwei Hälften brechen“ könne. Die Waffe sei von einheimischen Experten entwickelt worden. Am Freitag war nach offiziellen Angaben aus Teheran eine neuartige Rakete mit Tarnkappeneigenschaften erprobt worden, die mit mehreren Sprengköpfen bestückt werden könne. Das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London reagierte mit Skepsis auf die iranischen Erfolgsmeldungen. (...)

- *Bund behält Zugriffsrecht auf Flugsicherung. WELT KOMPAKT, 6. April 2006, S. 12.*

Die geplante Teilprivatisierung der Deutschen Flugsicherung (DFS) wird für die privaten Anleger mit erheblichen Einschränkungen verbunden sein. So können die Gesellschafter im Verteidigungsfall verpflichtet werden, ihre Geschäftsanteile mit sofortiger Wirkung an den Bund zurückzugeben. Der Bund will seine Anteile bis auf eine Sperrminorität von 25,1 Prozent an private Anleger veräußern. Interesse haben Flugesellschaften rund um die Lufthansa und Finanzinvestoren bekundet. Das Gesetz soll am Freitag den Bundestag passieren. (...)

- *Erst der Kongo, dann der Sudan. Berliner Zeitung, 8./9. April 2006, S. 7.*

Auf die Bundeswehr kommt möglicherweise neben dem Einsatz im Kongo ein stark ausgeweitetes Engagement im Sudan zu. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Bernd Siebert (CDU), sagte der Berliner Zeitung, es gebe bei der UNO Gedankenspiele, die NATO um mehr Hilfe für die Krisenregion Darfur zu bitten. Denkbar sei, dass schon im Herbst eine Entscheidung falle. Wenn es dann zu einem Einsatz der so genannten schnellen NATO Eingreiftruppe (NRF) komme, sei es für Deutschland schwierig, sich einer Beteiligung zu verweigern, sagte Siebert: „Es würde dann ein starker vertraglicher Druck auf dem Bundestag lasten.“ Die alte Bundesregierung habe der NRF-Bildung allgemein zugestimmt. „Es handelt sich um Verträge, die die rot-grüne Bundesregierung eingegangen ist. Die neue Regierung ist angetreten, um die alten Verträge zu erfüllen“, sagte Siebert. Nach NATO-Planung muss die Bundeswehr im zweiten Halbjahr dieses Jahres 5 440 deutsche Soldaten für die so genannte NRF 7 zur Verfügung stellen. Siebert betonte, dass eine mögliche Entsendung der Bundeswehr in einen NRF-Einsatz unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundestages stehe. (...) Wegen Überforderung der AU ist an eine gemeinsame Mission unter dem Dach der Vereinten Nationen gedacht. Die NATO prüft eine Anfrage der UNO, für die sich die USA ausgesprochen haben. Deutsche Soldaten sind bislang nur im Südsudan eingesetzt. Der Bundestag stimmte am Freitag der Verlängerung ihres Einsatzes zu. Damit können bis zu 75 größtenteils unbewaffnete Militärbeobachter und Staboffiziere entsandt werden. Derzeit befinden sich 28. deutsche Soldaten direkt im Sudan. Die Darfur-Mission der AU unterstützen 200 Bundeswehr-Angehörige vor allem mit Transportflügen. In der SPD stieß eine mögliche personelle Ausweitung des Sudan-Engagement auf Skepsis. (...)

- *Daimler verdient an Todeswaffen. die tageszeitung, 12.04.2006, S. 8*

DaimlerChrysler verdient nach wie vor kräftig an Rüstungsverkäufen. Auch Streumunition wird weiter angeboten, obwohl sie wie Minen wirkt. Deswegen fordern kritische Aktionäre heute auf der Hauptversammlung, den Aufsichtsrat nicht zu entlasten. Gleich mehrere Tochterunternehmen von DaimlerChrysler seien in Rüstungsgeschäfte involviert, kritisierte das Aktionsbündnis Landmine.de gestern auf einer Pressekonferenz. So biete die EADS-LFK Waffen an, die von den USA als Antipersonenminen klassifiziert wurden, erklärte Bündnischef Thomas Küchenmeister. Auch der Raketenwerfer MLRS gehört zur Produktpalette. Dieses Gerät kann innerhalb von Minuten einen Quadratkilometer mit 8 000 Stück Streumunition verseuchen. Human Rights Watch geht davon aus, dass dadurch tausende von Zivilisten in der Golfregion starben. Weil die alte MLRS-Munition keinen Selbstzerstörungsmechanismus besitzt und viele Blindgänger liegen bleiben, mustert sie die Bundeswehr aus – und verkauft sie an neue Nato-Mitglieder wie zum Beispiel die Slowakei, die sich sowohl im Irak als auch in Afghanistan militärisch engagiert. Zugleich hat die Bundesregierung im Januar einen 60-Millionen-Auftrag vergeben, um für die Bundeswehr das Nachfolgesystem zu beschaffen. Dessen Munition soll sich zwar selbst in die Luft sprengen und nach dem Gefecht ungefährlich sein. Doch das britische Verteidigungsministerium bezweifelt das und hat auf eine Beschaffung verzichtet. DaimlerChryslers Rüstungsprodukte wirkten image- und damit geschäftsschädigend, argumentiert die kritische Aktionärin Beate Winkler-Pedernera aus Stade: „Unicef weigert sich weiter, DaimlerChrysler auf seine Lieferanten- und Sponsorenliste zu setzen.“

- (...) *Roboter spüren Opfer auf. Berliner Zeitung, 12. April 2006, S. 15*

Der Roboter Asendro kann Treppen steigen und auf der Stelle wenden, außerdem ist er klein genug, um in Flugzeugen und Bussen zu manövrieren. Er kann mit einem Nachtsichtgerät ausgerüstet werden, aber auch mit Sensoren für radioaktive Strahlung und Giftgas. Für seine Hersteller – die Firma Robowatch aus Berlin und das süddeutsche Rüstungsunternehmen Diehl BGT Defence – ist das Grund genug, von einer Marktneuheit zu sprechen. 55 000 Euro soll der Aufklärungsroboter in der billigsten Ausführung kosten, hieß es gestern bei einer Präsentation in Berlin. Die Bundespolizei habe schon Interesse angemeldet. Mitte Mai wird Asendro bei dem von der Bundeswehr ausgerichteten Wettbewerb „Elrob“ zeigen, was er kann. Bei diesem Test für Aufklärungs- und Rettungsroboter müssen die Gefährte in einem unwegsamen Gelände Verletzte finden. (...)

- *Pentagon schafft Rekrutierungsziel. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. April 2006, S. 8.*

Die amerikanischen Streitkräfte haben in den ersten sechs Monaten des seit Oktober laufenden Haushaltsjahres ihr selbstgestecktes Rekrutierungsziel übertroffen, in absoluten Zahlen aber etwas weniger neue Rekruten verpflichten können als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. Wie das Pentagon mitteilte, verpflichteten sich von Oktober bis März für das Heer 31 369 neue Soldaten, das Rekrutierungsziel lag bei 30 300 Soldaten – 5 700 weniger als im Vergleichszeitraum des vorherigen Haus-

haltsjahres. Wie im Vorjahr hofft das Heer, die größte Teilstreitkraft, die auch beim Krieg im Irak mit 1 602 der insgesamt 2 347 Verluste die meisten Opfer zu beklagen hat, bis Oktober insgesamt 80 000 neue Rekruten zu verpflichten. Im letzten Jahr hatte das Heer dieses Jahresziel zwar um 6 600 Soldaten verfehlt, doch in den letzten zehn Monaten lagen die Rekrutierungszahlen über dem Plansoll. Gewöhnlich steigen die Rekrutierungszahlen nach Ende des Schuljahres im Sommer, doch haben die Streitkräfte auch ihr Plansoll für die Monate Juni bis September erhöht. Die Luftwaffe erreichte im Monat März 117 Prozent ihres Rekrutierungsziels, die Marine 100 Prozent und die Marineinfanterie 122 Prozent; nach Angaben des Pentagons lagen die Zahlen auch für den Zeitraum seit Oktober über den selbstgesteckten Rekrutierungszielen. Bei den sechs Reservekomponenten seien die Defizite gegenüber den Rekrutierungszielen akzeptabel und im Vergleich zum Vorjahr geringer, teilte das Pentagon mit. Die Zahl der gegenwärtig dienenden Soldaten, die sich für weitere Jahre verpflichtet haben, liege über den selbstgesteckten Zielen. Fast 40 000 aktive Soldaten hätten sich zur Verlängerung ihrer Dienstzeiten verpflichtet, das seien 15 Prozent mehr als angestrebt.

- *Rebellenaufstand im Tschad niedergeschlagen. Berliner Zeitung, 15./16. April 2006, S. 7.*

Nach Gefechten mit mindestens 350 Toten in der Hauptstadt N'Djamena hat die Regierung des Tschads einen Rebellenaufstand für besiegt erklärt. Soldaten führten am Freitag mehr als 250 Gefangene durch die Stadt und legten vor dem Parlamentsgebäude Leichen nieder, um ihren Triumph zu demonstrieren. Präsident Idriss Deby beschuldigte den Nachbarstaat Sudan, die Rebellen zu unterstützen und brach die diplomatischen Beziehungen zu Khartum ab.

- *Haft für britischen Irak-Kriegsverweigerer. Berliner Zeitung, 15./16. April 2006, S. 7.*

Ein britischer Militärarzt muss acht Monate ins Gefängnis, weil er nicht in den Irak-Krieg ziehen wollte. Ein Militärgericht in Süd-England verurteilte den Luftwaffen-Offizier Malcolm Kendall-Smith wegen „kalkulierten und vorsätzlichen Ungehorsams“. Der 37-Jährige hatte sich im vergangenen Jahr geweigert, in den Irak zu ziehen, weil er den US-geführten Einmarsch für illegal hält.

- *Boeing und Airbus wetteifern um Milliardenauftrag der US-Luftwaffe. Die Welt, 18. April 2006, S. 11.*
- Die Flugzeugbauer Airbus aus Europa und Boeing aus den USA können ihr Duell um eine milliarden-schwere Ausschreibung für neue Tankflugzeuge für die US-Luftwaffe wieder aufnehmen. Das US-Verteidigungsministerium gab eine entsprechende Genehmigung. Grundlage sind die Ergebnisse einer zweijährigen Studie, die einen Ersatz der 531 gegenwärtig eingesetzten KC-135 Tanker empfahl. Die Maschinen werden verwendet, um andere Flugzeuge während des Fluges aufzutanken. Im Schnitt sind sie 45 Jahre alt. (...)

- *Abnick-Verein. Süddeutsche Zeitung, 19. April 2006, S. 4.*

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee: Politiker und Soldaten werden nicht müde, das zu betonen. Deshalb stehen Auslandseinsätze unter dem so genannten Parlamentsvorbehalt; das heißt, dass nur mit Zustimmung des Bundestags deutsche Soldaten an den Hindukusch oder, wie jetzt zu erwarten ist, in den Kongo geschickt werden dürfen. Das ist an sich ein gutes Prinzip. Es sichert nicht nur die Legitimität solcher Einsätze, sondern signalisiert den Soldaten die politische und moralische Unterstützung der Volksvertretung, wenn schon nicht des Volkes. Mitunter droht der Parlamentsvorbehalt zur Farce zu werden. In dieser Woche sind drei Abgeordnete, eine von der FDP und zwei von den Grünen, in den Kongo gereist, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Bundeswehrsoldaten sollen dort im Verbund mit Kameraden aus anderen EU-Staaten die geplanten Wahlen absichern. Der Politiker-Trip nach Kinshasa ist zum einen gelebte Verantwortung, zum andern aber auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit der bisherigen Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen Kongo-Einsatz. Allzu zögerlich informiert, durch nachgeschobenen Argumente irritiert, fühlen sich viele Abgeordnete von der Regierung auf ein Gleis geschoben, auf dem es keine Umkehr mehr gibt. Die Regierung ist international im Wort, die Planungen für den Einsatz sind schon weit fortgeschritten, noch dazu unter deutscher Führung, die Spitzen der Koalitionsfraktionen verbreiten Zuversicht, dass die Parlamentarier ihre Regierung schon nicht im Regen stehen lassen werden. Wenn aber der Bundestag zum bloßen Abnick-Verein wird, ist es mit der parlamentarischen Kontrolle vorbei.

- *Berlin will Eurofighter nach Indien verkaufen. Financial Times Deutschland, 20. April 2006, S. 15.*
- Die Bundesregierung will den anstehenden Staatsbesuch des indischen Premiers nutzen, um dem aufstrebenden Land den europäischen Kampfjet Eurofighter schmackhaft zu machen. (...) Delhi treibt gegenwärtig die Modernisierung seiner Streitkräfte voran, um seine Ambitionen als Regionalmacht zu verwirklichen. Das Land wird in Kürze rund 120 Kampfjets ausschreiben, für die sich auch das Eurofighter-Konsortium bewerben will. Derzeit stützt sich die indische Luftwaffe auf eine relativ alte Flotte russischer und französischer Jets.

- *Jung will mehr Klarheit für Bundeswehr-Einsatz. Süddeutsche Zeitung, 21. April 2006, S. 6.*

Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat seine Forderung nach einer Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern bekräftigt. Vor dem außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU sagte Jung laut vorab verbreitetem Redetext am Donnerstag in Ingolstadt: „Mehr politische und rechtliche Klarheit über das, was die Bundeswehr leisten soll und kann, ist überfällig.“ Es gebe potenzielle Gefährdungen aus der Luft oder von See her, denen mit allen verfügbaren Instrumenten, und zu denen gehöre auch die Bundeswehr, begegnet werden müsse. Grundsätzlich gelte, dass die Bundeswehr nur im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten Hilfe leisten könne. Deshalb müsse man auf der Grundlage des Verfassungsgerichtsurteils zum Luftsicherheitsgesetz „weiterkommen“. Auch die strikte Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit sei nicht mehr gerechtfertigt, sagte Jung. Sicherheitspolitik sei zu einer ressortübergreifenden Gesamtaufgabe geworden, man benötige eine „vernetzte Sicherheitspolitik“. Dazu müssten bestehende Strukturen und Instrumente in einem gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnis überprüft und angepasst werden. Es liege im gesamteuropäischen Sicherheitsinteresse, dass sich Deutschland auch mit der Bundeswehr an der Stabilisierung und Demokratisierung des Kongo beteilige.

- *Krauss-Maffei erwartet Umsatzplus. Financial Times Deutschland, 24. April 2006, S. 10.*

Der Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegemann (KMW) rechnet nach einem stagnierenden Umsatz im vergangenen Jahr für die Zukunft mit einer deutlichen Belebung des Geschäfts. 2005 lag der Umsatz unverändert bei rund 600 Mio. Euro. In diesem Jahr rechnet das Unternehmen mit einem Plus im zweistelligen Prozentbereich, teilte der Münchner Konzern auf Anfrage mit. „Dieser Trend wird sich auf Grund des hohen Auftragsbestandes auch nach 2006 fortsetzen.“ Genaue Angaben zur Ertragslage macht das Unternehmen nicht. „Wir sind profitabel“, sagte ein Sprecher. Damit zeichnet sich für den größten deutschen Panzerbauer zum ersten Mal seit Jahren eine Belebung des Geschäfts ab. In den vergangenen fünf Jahren hatte der Umsatz zwischen 670 Mio. Euro und 600 Mio. Euro geschwankt. Zu dem Aufschwung trägt wesentlich der Großauftrag über 170 Leopard-Kampfpanzer für Griechenland bei. Sie werden zwischen 2006 und 2009 ausgeliefert. Der Auftragsbestand wird derzeit mit rund 3,3 Mrd. Euro beziffert. Die Exportquote betrage etwa 75 Prozent. Mit einem Minianteil enthalten ist in der Auftragsbüchern bisher das Großprojekt mit einem Volumen von rund 3 Mrd. Euro für den neuen Schützenpanzer Puma, den KMW mit Rheinmetall baut. Zudem wird 2006 der Großauftrag für den Transportpanzer Boxer erwartet. Das gute Geschäft führt auch zu mehr Arbeitsplätzen. 2005 wurden 200 neue Stellen geschaffen. Von den jetzt 2 700 Beschäftigten sind allein 20 Prozent in Forschung und Entwicklung tätig. Die Zahlen sind aber nur bedingt aussagefähig. Der Konzern hat bisher noch nie eine ausführliche Bilanz veröffentlicht. 51 Prozent der Anteile hält der Unternehmer Manfred Bode. Mit 49 Prozent ist Siemens beteiligt. Im KMW-Konzernumsatz stecken auch Zulieferungen des Wettbewerbers Rheinmetall Defence mit zuletzt 1,4 Mrd. Euro Umsatz. Rheinmetall liefert Baugruppen zum Leopard-Panzer, bei dem KMW die Systemführung hat. Im reinen Fahrzeugbau erzielte Rheinmetall 2005 knapp 350 Mio. Euro Umsatz. Auch Rheinmetall Defence äußerte sich jüngst optimistisch zur Geschäftsentwicklung.

- *Bundeswehr ist gewohnt schlagkräftig. Die tageszeitung, 25. April 2006, S. 7.*

Die Bundeswehr ist bekanntlich eine schlagkräftige Truppe. Es gebe erschreckende Beispiele für Rechtsextremismus, Gewalt und Erniedrigung, so das Fazit des Wehrbeauftragten des Bundestages, Reinhold Robbe, als er im März seinen Bericht für das Jahr 2005 vorstellte. Hinter den abstrakten Formulierungen verbergen sich Geschichten wie die von Gökcer Köten, der sich bei der taz meldete. Der 21-jährige Wehrdienstleistende mit türkischem Migrationshintergrund, der der Potsdamer Havelandkaserne zugeteilt ist, musste am Mittwoch vergangener Woche erfahren, wie seltsam es manchmal um die Kameradschaft bestellt ist. Es geschah am Nachmittag, kurz vor einer Sportübung, Köter saß auf dem Tisch seiner Stube, als drei Hauptgefreite hereinstürmten. Auf seine Frage, was denn los sei, hätten sie ihn beschimpft, erzählt Köten – als „Arschloch“, „Asi“ oder „schwule Sau“. Es gelang ihm, an den dreien vorbei herauszulaufen. Doch nach dem Sport schritten die Kameraden zur Tat. Gegen 16.15 Uhr, nach dem letzten Appell zum Dienstschluss, seien die Hauptgefreiten hinter ihm ins Zimmer gekommen, erzählt der Wehrdienstleistende. Seinen Mitbewohner hätten sie herausgeschickt. Der bestätigt die Erzählung. Einer der Soldaten habe ihm mit Faust ins Gesicht geschlagen, zwei standen Schmiere. „Es waren mindestens fünf Schläge, mein Kopf knallte an den Spind hinter mir.“ Für den Mann hatte der Angriff Folgen: Die Lippe blutete, auf dem Heimweg sei ihm übel und schwindlig geworden, noch am Abend für er ins Krankenhaus, wo er zwei Tage verbrachte. Seit gestern schiebt er wieder Dienst vorerst im Büro. „Gerade weiß ich nicht, wie ich den Dienst weiterführen soll – ich

habe Angst.“ Selten sind solche Übergriffe nicht. 5 600 Beschwerden gingen 2005 beim Wehrdienstbeauftragten ein. Körperverletzungen und Misshandlungen fänden in vielfältiger Form unter Kameraden, aber auch zwischen Vorgesetzten und Untergebenen statt, schreibt Robbe. „Die Vielzahl lässt vermuten, dass es eine nicht unerhebliche Dunkelziffer gibt.“ 147 Übergriffe hatten im vergangenen Jahr einen rechts-extremistischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund. (...)

- *Geister-Kumulus über Deutschland. Süddeutsche Zeitung, 25. April 2006, S. 18.*

Die seltsamen Ereignisse in der Atomsphäre, die zurzeit als „Geisterwolken“ Karriere in den bunten Nachrichtenspalten machen, geben Wissenschaftlern ein unterhaltsames Rätsel auf. Zum ersten Mal aufgefallen war am 19. Juli vergangenen Jahres ein breites Wolkenband, das sich auf den Radarbildern der Meteorologen von der Nordseeküste bis zum Nordbayern ausdehnte. Zehn Stunden lang war es zu sehen – allerdings nur im Echo der Radargeräte. Denn Satellitenbilder zeigten: Tatsächlich gab es dort am Himmel keine Regenwolken. (...) Wolkenbildung aus dem Nichts. Der Verdacht der Experten lautet, militärische Übungen zur Irreführung feindlicher Radars mit Hilfe haarfeiner, metallgeschichteter Fäden steckten dahinter. Militärflugzeuge streuten diese so genannten Düffel in die Atmosphäre aus, die ein Echo wie schwere Regenwolken erzeugten. Weil sich bislang jedoch nur ein privater Wetterdienst in die Irre geleitet sah und verärgert eine mögliche Umweltverschmutzung zur Anzeige gegen Unbekannt brachte, ermittelt jetzt „mit wenig Aussicht auf Erfolg“ die Bonner Staatsanwaltschaft: (...) Und auch im Verteidigungsministerium, das in dieser Woche eine Anfrage des hannoveraner Landtagsabgeordneten Ralf Briese (Grüne) beantworten wird, ist man ratlos: „Die Bundeswehr hat damit jedenfalls nichts zu tun“, sagt ein Ministeriumssprecher. (...)

- *Israel ändert Konzept zur Landesverteidigung. Süddeutsche Zeitung, 25. April 2006, S. 9.*

Das neue Verteidigungskonzept der israelischen Militärführung sieht die arabischen Nachbarstaaten nicht mehr als gefährlichste Bedrohung. Im kommenden Jahrzehnt müsse deswegen mehr in die Abwehr nicht-konventioneller Angriffe, etwa aus Iran, und den Kampf gegen Terrorismus investiert werden, zitierte die israelische Tageszeitung Maariv am Montag aus dem Papier. Das von dem scheidenden Verteidigungsminister Schaul Mofas gebilligte Konzept sei die erste grundsätzliche Neuorientierung seit mehr als 50 Jahren. (...)

- *Uno verhängt Sanktionen. WELT KOMPAKT, 26. April 2006, S. 9.*

Mehr als ein Jahr nach Verabschiedung der Darfur-Resolution hat der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen vier Sudanesen verhängt. Zwölf der 15 Mitglieder des Rates stimmten gestern dafür, Reisebeschränkungen und finanzielle Strafen gegen die vier Männer zu erlassen. Die beiden Veto-Mächte China und Russland schlossen sich Katar an und enthielten sich der Stimme. Einstimmig beschloss der Rat hingegen einen nicht-bindenden Entwurf aus Tansania, in dem die sudanesishe Regierung und die Rebellen zur Fristeneinhaltung für ihre Friedensgespräche aufgefordert werden. Die Afrikanische Union hatte den Kriegsparteien bis Sonntag Zeit für eine Vereinbarung gegeben.

- *Die Wahrheit, scheinchenweise. Süddeutsche Zeitung, 26. April 2006, S. 1.*

Auch bei politischen Texten empfiehlt es sich, das Kleingedruckte aufmerksam zu lesen. Hätte man dies zum Beispiel auf den geplanten EU-Einsatz im Kongo getan, müsste man sich heute nicht wundern. EU-Diplomaten bestätigten am Dienstag in Brüssel, dass sich die EU-Mission zur Absicherung der Wahlen in dem zentral-afrikanischen Staat keineswegs auf die Hauptstadt Kinshasa beschränken wird, wie bisher in der Öffentlichkeit angenommen worden war. Einsatzgebiet ist vielmehr das ganze Land mit Ausnahme von drei besonders unruhigen Regionen an der Ostgrenze. Lediglich die deutschen Soldaten, die ein Drittel des EU-Kontingents stellen, sollen nur im Gebiet der Hauptstadt eingesetzt werden. Eigentlich hätte man das längst wissen können. (...) Dass dies im deutschen Publikum nicht so wahrgenommen wurde, kam Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) zupass, ist der Kongo-Einsatz doch sogar in seiner eigenen Partei umstritten. Immerhin muss der Bundestag der Aktion ja zustimmen, was voraussichtlich im Mai stattfinden soll. Wenn jetzt immer mehr Details der angeblich noch unverbindlichen Planungen bekannt werden, dann tauchen auch neue Fragen auf. Reichen die 500 Mann, die in Kinshasa stationiert werden sollen, die in Kinshasa stationiert werden sollen, denn aus, wenn auch Einsätze außerhalb der Hauptstadt nötig werden? Und vor allem: Können die Deutschen in Kinshasa wirklich in ihrem Feldlager bleiben, wenn ihre französischen Kameraden bei einer Evakuierungsaktion im Landesinnern selbst in Bedrängnis geraten? Die Diskussion im Parlament dürfte für Jung nun nicht leichter werden. „Die Wahrheit kommt nur scheinchenweise an den Tag“, empört sich ein Abgeordneter, der ungenannt bleiben möchte. Das fügt sich ins Bild der bisherigen Debatte um den Kongo-Einsatz. Bis heute gibt es keine umfassende Darstellung der Lage durch die Regierung, weder für das Parlament noch für die Öffentlichkeit. Die FDP-Abgeordnete Elke Hoff,



die im Verteidigungsausschuss sitzt und sich in der vorigen Woche selbst in Kinshasa umgehört hat, zeigt sich von den neuen Erkenntnissen über das Einsatzgebiet überrascht: „Das haben ich immer befürchtet. Irgendwann entwickelt sich eine Eigendynamik, die man nicht mehr einfangen kann.“

- *Merkel plädiert für mehr Auslandseinsätze. Berliner Zeitung, 26. April 2006, S. 5.*

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre Partei vor nationalem Egoismus in der internationalen Politik gewarnt und damit auch weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr begründet. Wenn Deutschland andere Kulturen mit seinen christlichen Grundwerten beeindrucken wolle, könne es nicht nur dann tätig werden, „wenn es zu unserem Vorteil ist“, sagte Merkel auf der ersten Regionalkonferenz zur CDU-Programmdebatte der ostdeutschen Landesverbände.

- *EADS stärkt Rüstungsparte. Süddeutsche Zeitung, 26. April 2006, S. 27.*

Bei der Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie ist der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS nach dem gescheiterten Einstieg bei Thales zurück in eine Beobachtungsrolle gefallen. Nun will EADS die Sparte zumindest über neue Export-Aufträge und das Geschäft mit dem Zivilschutz stärken. Vor allem soll sich die Rendite schnell von vier auf acht Prozent verdoppeln. „Es gibt auch andere schöne Bräute außer Thales“, sagte EADS-Chef Tom Enders vor Journalisten, nannte aber keine Beispiele. Ein Wachstum im Verteidigungsgeschäft sei aber auch ohne spektakuläre Zukäufe möglich, schränkte er weiter ein. Das EADS-Management hatte sich gegen Einbringung des eigenen Raumfahrtgeschäfts zu 20 Prozent an Thales beteiligen wollen und sich dort so weit gehende Mitspracherechte wie von Thales-Aktionär Alcatel sichern wollen. Der französische Staat, der bei EADS und Thales beteiligt ist, hatte dies zunächst vereitelt und dafür Alcatel eine Aufstockung der Beteiligung bei Thales erlaubt. EADS hofft nun offenbar, dass die gerade fusionierenden Konzerne Alcatel und Lucent ihre Thales-Beteiligung im nächsten Jahr wieder verkaufen. Außerdem schloss Enders auf Nachfragen ein Interesse am Münchner Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei nicht aus. Siemens will seinen 49-Prozent-Anteil an Krauss-Maffei schon länger loswerden. (...) Aufgeschlossen zeigte sich der EADS-Chef auch darüber, den 20-prozentigen Anteil der britischen BAE Systems an der EADS-Tochter Airbus zu erwerben. BAE hatte ihre Verkaufsabsicht kürzlich bestätigt, entsprechende Gespräche laufen. (...) EADS hat den Anteil mit 3,5 Milliarden Euro in ihren Büchern, die Briten wollen vermutlich mehr als fünf Milliarden Euro haben. (...)

- *Heikle Expedition. Süddeutsche Zeitung, 27. April 2006, S. 4.*

Auf ihrem Weg ins Herz Afrikas ist die EU-Expedition einen weiteren Schritt vorangekommen. Der UN-Sicherheitsrat hat formell den Auftrag erteilt, die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo abzusichern, der offizielle Beschluss des EU-Ministerrats in den nächsten Tagen ist nur noch eine Formalie. Die Planungen laufen auf Hochtouren – und die deutschen Parlamentarier, die der Beteiligung der Bundeswehr an der Mission letztendlich zustimmen müssen, schauen zu. Bis sie – voraussichtlich im Mai – ihre Hand heben dürfen, ist der Zug nach Süden nicht mehr zu stoppen. Tatsächlich dürfte die Mehrheit der Abgeordneten dies auch gar nicht wollen. Dafür haben sie vor allem ein gutes Argument. Jahrzehntlang haben die entwickelten Länder dem Rest der Welt Demokratie gepredigt. Nun soll in einem Staat von zentraler Bedeutung für ganz Afrika gewählt werden, und die Deutschen sehen abseits stehen, wenn es darum geht, für einen ordentlichen Ablauf der Abstimmung zu sorgen? Auf diese Frage wird kaum ein Wohlmeinender mit Nein antworten. Doch die Zweifel bleiben. Man wird das Gefühl nicht los, die EU sei in diesen Einsatz hineingestolpert. Politisch wurde das Engagement stümperhaft vorbereitet. Der Öffentlichkeit wurde nur schlückchenweise reiner Wein eingegossen. (...) Gut gemeint ist nicht genug.

- *Rekord für deutsches U-Boot. Bild Zeitung, 27. April 2006, S. 2.*

Das neue U-Boot „U32“ der deutschen Marine hat einen Weltrekord aufgestellt: Als erstes nichtnukleares Boot blieb es 14 Tage lang unter Wasser. Es hat einen modernen Brennstoffzellenantrieb.

- *Hemdsärmelig und halbherzig. Der Tagesspiegel, 27. April 2006, S. 8.*

Sogar der Bundespräsident ist dafür. Horst Köhler, dessen grundsätzliches Engagement für Afrika ohnehin außer Zweifel steht, hat sich schon vor einigen Wochen dezidiert für einen Einsatz der Bundeswehr in Kongo ausgesprochen. Köhlers zentrales Argument damals: „Man muss klar machen, dass es für unsere Zukunft wichtig ist, ein Land wie die Demokratische Republik Kongo nicht im Chaos versinken zu lassen.“ Viel Grundsätzliches über unsere in jeder Hinsicht zusammenwachsende Welt steht bei diesem Gedanken Pate und auch, ja, die Definition deutschen Interesses. Im Allgemeinen also lässt sich die Notwendigkeit des nächsten Auslandseinsatzes der Bundeswehr allemal erklären. Warum aber tun sich dann die Bundesregierung und namentlich ihr Verteidigungsminister Franz Josef Jung so schwer im Detail? (...) Was aber, wenn die außerhalb Kinshasas eingesetzten französischen

Truppen in eine schwierige Lage geraten sollten? Dann verharrt die Bundeswehr bedauernd abwinkend auf sicherem Terrain? Franz Josef Jung hat darauf keine Antworten – und wenn, dann sind sie nicht überzeugend. Er hat den schlimmsten Verlauf nicht auf der Rechnung. Ohnehin steht der Kongo-Einsatz unter dem Generalverdacht, ebenso hemdsärmelig wie halbherzig geplant zu sein. Er wird von deutscher Seite aus vorderhand als symbolischer Akt begriffen: ein bisschen Flagge zeigen in Afrika, und dann schnell ab nach Hause. Jung will dabei nach außen beeindrucken und nach innen beruhigen. Beides indes geht schwer zusammen. Nur um im Zweifel die eigene Evakuierung sicherzustellen, das lohnt den Aufwand nicht. Wenn schon Kongo, dann richtig.

- *EU beschließt Kongo-Einsatz. Süddeutsche Zeitung, 28. April 2006, S. 6.*

Die EU hat am Donnerstag ihren geplanten Militär-Einsatz im Kongo formell beschlossen. Die Mission zur Sicherung der ersten freien Parlamentswahlen in dem afrikanischen Land wird unter Leitung des deutschen Generalleutnants Karl Heinz Viereck stehen. 500 deutsche Soldaten sollen dabei sein. Zu ihren Aufgaben wird es gehören, die im Kongo stationierten UN-Blauhelme zu unterstützen. Bei einem Angriff der UN-Soldaten und der kongolesischen Armee gegen Rebellen im Nordosten des Kongo kamen am Donnerstag mindestens 38 Menschen ums Leben, unter ihnen vier Regierungssoldaten.

- Schwieriger Personalabbau. Loyal, H.5/2006

Die Bundeswehr hat erhebliche Schwierigkeiten, ihre zivilen Dienstposten – wie geplant – bis zum Jahr 2010 auf 75000 zu reduzieren. Während das Ziel des Personalabbaus bei den Soldaten von 282000 (in 2004) auf 250000 bereits heute erreicht ist (245000), verharrt die Zahl der Zivilstellen bei 104150. Dem Informationsdienst „geopowers“ zufolge sei zwar im Vorjahr eine Reduzierung dieser Dienstposten um 2900 erreicht worden. Das Ziel von 3700 wurde sehr deutlich verfehlt. Sollte, so „geopowers“ auch in den nächsten Jahren nicht mehr als drei- bis viertausend Stellen jährlich abgebaut werden können, dürften die angestrebte Dienstpostenanzahl und die damit einhergehenden Einsparungen im Verteidigungsetat nicht erreicht werden.

- Budde: Weitere Einsätze machbar. Die Bundeswehr, H.5/1966

Die Bundeswehr hat laut Heeresinspekteur Hans Otto Budde noch Spielraum für weitere Auslandseinsätze. „Wir sind nicht am Ende der Fahnenstange“, sagte er Anfang April in Münster. Das Risiko des bevorstehenden Einsatzes im Kongo stuft der Generalleutnant als vergleichbar mit den anderen Auslandseinsätzen etwa im Kosovo oder in Afghanistan ein. Die Bundeswehr verfüge über die beste Infanterie-Ausrüstung der Welt. Die Ausbildung der Soldaten sei exzellent. Zudem ließen sich notfalls zusätzliche Soldaten aus Lehrgängen holen, und die 18-monatige Pause nach Einsätzen sei auch verkürzbar.

- *Jung: Wir müssen Verteidigung neu definieren. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. Mai 2006, S. 1.* Verteidigungsminister Jung (CDU) strebt eine weitgehende Verfassungsänderung mit einer Neudefinition des Verteidigungsbegriffs an. Die Änderungen sollen über die in der Koalition bislang angestrebten Konsequenzen aus dem Karlsruher Luftsicherheits-Urteil hinausgehen. Jung will in den Verteidigungsbegriff die Auslandseinsätze im Rahmen völkerrechtlicher Verpflichtungen ebenso einbeziehen wie terroristische Bedrohungen „größeren Ausmaßes“ im Inland. Jung sagte dieser Zeitung: „Unsere derzeitige Hauptaufgabe der Krisen- und Konfliktbewältigung oder der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind im Grundsatz nicht ausdrücklich erwähnt. Da müssen wir über eine Verfassungsänderung sprechen.“ (...) Der Entwurf des Weißbuchs soll in den nächsten Tagen den mit der Thematik betroffenen Ressorts zur Abstimmung zugehen. Jung äußerte die Hoffnung, dass die Regierung es noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet. Jung sprach sich für eine nicht nur wertere-, sondern auch interessengeleitete Sicherheitspolitik aus. Dazu gehörten auch wirtschaftliche Interessen wie Ressourcensicherung oder die Sicherung von Energielieferungen. (...)

- *Millionen-Verluste bei Truppenverpflegung. Die Welt, 02. Mai 2006, S. 4.*

Elf Millionen Euro sollten gespart werden, aber jetzt bringt die Privatisierung der Bundeswehr-Truppenverpflegung in Südbayern nichts als Ärger und dem privaten Betreiber Dussmann Millionverluste. Das Unternehmen beschimpft die Beschäftigten und die Soldaten, von denen viele die Essensausgabe wegen schlechter Qualität meiden. Seit August letzten Jahres betreibt Dussmann 14 Truppenküchen im Gebiet südlich von München. Die Bundeswehr ist für private Investoren interessant. Für die insgesamt 350 in staatlicher Eigenregie bewirtschafteten Truppenküchen werden pro Jahr 160 Millionen Euro ausgegeben. Da müsse sich doch was sparen lassen, meinte der frühere Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) und ließ Dussmann den Zuschlag für einen Modellversuch erteilen. Der Caterer sollte in Südbayern vom Bund 230 zivile Mitarbeiter für den Küchenbetrieb ausleihen. Die Beschäftig-

ten bleiben beim Bund angestellt, arbeiten aber für die Privatfirma. Fortan sollten die Soldaten „von der Erfahrung und Qualität von Dussmann profitieren“, so Dussmann-Vorstand Frank Wössner. Weit gefehlt. Bei der Gebirgsjägerbrigade in Bad Reichenhall haben sich inzwischen 50 Mann von der Truppenverpflegung abgemeldet. Grund: Das Essen sei zu schlecht. Bei den Vorgesetzten stapeln sich die Beschwerden. So sei bestellte Marschverpflegung nicht geliefert worden. Statt dessen habe es im tiefsten Winter nur zwei Kannen Tee gegeben. In einem anderen Fall sei Verpflegung steifgefroren ins Gelände geliefert worden. Oft seien die im Speiseplan aufgeführten Gerichte nicht erhältlich und würden durch qualitativ schlechtere ersetzt. „Den Soldaten kann eine solche Verpflegung nicht zugemutet werden“, so eine Beschwerde. Dussmann gibt dem Personal des Bundes die Schuld. Die derzeit rund 180 beigestellten Kräfte würden „nicht nur keine kooperative, sondern eine nahezu destruktive Haltung gegenüber der Firma Dussmann“ an den Tag legen. Ein Teil der Beschäftigten sei „gezielt auf das Scheitern unseres Unternehmens“ aus, heißt es in einem Beschwerdebrief des Caterers an das Verteidigungsministerium. Dussmann habe „das Ausmaß der fachlichen Inkompetenz und der offensichtlichen Lernunwilligkeit, vor allem jedoch der mangelnde Leistungswille hinsichtlich der Einhaltung von arbeitsrechtlichen Verpflichtungen überrascht“. Die Krankenstände seien enorm hoch. Den Soldaten wird vorgeworfen, einerseits „mit einer überraschenden kriminellen Energie“ Diebstähle zu begehen und andererseits zuviel Essen auf die Teller zu packen, um es dann zurückgehen zu lassen. Da „untragbare Verluste in Millionenhöhe“ entstanden seien, fordert Dussmann eine Vertragsanpassung. Andernfalls werde man den Vertrag kündigen. CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer, Wahlkreisabgeordneter in Bad Reichenhall, sieht seine „schlimmsten Befürchtungen schon vor dem Start des Truppenküchenversuchs noch übertroffen. Dieses fehlgeschlagene Instrument muss so schnell wie möglich beendet werden.“ Dagegen sagte ein Sprecher der Bundeswehr-Privatisierungsgesellschaft Gebb, es handele sich um Anfangsprobleme.

- „Verteidigung neu definieren“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02. Mai 2005, S. 5.

*Herr Minister, wie weit sind Sie mit dem sogenannten Weißbuch?*

Wir sind im Bundesministerium der Verteidigung in der Endabstimmung und werden dann die Abstimmung mit den betroffenen Ressorts vornehmen. Meine Vorstellung ist, dass wir das Weißbuch 2006 noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschieden können.

*Ist das der Beginn oder das Ende der sicherheitspolitischen Diskussion?*

Das ist erst der Beginn. Ich bin mir sicher, dass die internationalen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland schon eingegangen ist, weder vollständig im Bewusstsein der Bevölkerung sind noch im Bewusstsein von einem größeren Teil der Bundestagsabgeordneten. Diese müssen aber für jeden Einsatz das Mandat erteilen. Ein Beispiel: Ab dem 1. Juli steht die Nato Response Force bereit, die ständige Eingreiftruppe der Nato, mit 25 000 Soldatinnen und Soldaten, davon 6 600 Deutsche. Die NRF ist binnen fünf Tagen einsatzfähig. Oder betrachten Sie die EU-Battlegroup, die Eingreifkräfte der Europäischen Union. Wir hatten bereits die Diskussion, ob sie im Kongo zum Einsatz kommt. Bedingt durch den Umstand, dass sie noch nicht voll einsatzfähig ist, konnten wir abwenden, dass bereits jetzt 1 500 deutsche Soldaten dort in diesem Rahmen diesen Einsatz leisten. Allerdings sind wir im nächsten Jahr wieder mit 1 200 bis 1 300 Mann an der EU-Eingreiftruppe beteiligt, und dann könnte sie eingesetzt werden. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir dieser Herausforderung begegnen.

*Das Weißbuch ist also die nachholende Grundierung für etwas, was faktisch schon da ist?*

Das wird es leisten, aber es muss auch Fragestellungen aufwerfen, die in die Zukunft gerichtet sind. Wir haben in unserer Verfassung verankert, dass Landesverteidigung die Aufgabe der Bundeswehr ist. Aber unsere derzeitige Hauptaufgabe der Krisen- und Konfliktbewältigung oder der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind im Grundgesetz nicht ausdrücklich erwähnt. Da müssen wir über eine Verfassungsänderung sprechen. Auch was die Frage der Abgrenzung von äußerer und innerer Sicherheit betrifft. Früher hatten wir eine klare Abgrenzung: Für die äußere Sicherheit die Soldaten, für die innere die Polizei. Diese Trennung könne wir so nicht mehr vornehmen. Bei einem terroristischen Angriff aus der Luft kann mir die Polizei nur wenig helfen. Da brauche ich die Luftwaffe. Ich brauche bei einem Angriff von der See die Marine. Das Verfassungsgericht hat jüngst gesagt, dass wir bei einer solchen Lage nur polizeiliche Mittel einsetzen dürfen. Deshalb müssen wir die Verfassungslage anpassen.

*Was muss da konkret angepasst werden?*

Es müssen in solchen Fällen militärische Mittel eingesetzt werden dürfen. Die andere Frage, bei der wir uns allerdings erst am Beginn einer Diskussion befinden, heißt: Wir reagieren wir auf Sicherheits-

bedrohungen größeren Ausmaßes? Konkret: Wir arbeiten heute noch in der Terrorismusbekämpfungsmision Active Endeavour auf der Grundlage der UN-Resolution zur Selbstverteidigung und des Nato-Bündnisfalls nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Muss darüber nicht neu nachgedacht werden? Heute sind wir mit der terroristischen Bedrohung konfrontiert. Wann ist die Grenze von dem schweren Unglücksfall zum Verteidigungsfall überschritten? Ein Beispiel: Das Einmannflugzeug in Frankfurt war kein Verteidigungsfall, das war ein Unglücksfall nach Artikel 35. Aber was war das, was mein Amtsvorgänger Georg Leber bei den Olympischen Spielen 1972 in München erlebt hat? Er hatte einen Hinweis bekommen, dass ein mit Bomben beladenes Flugzeug sich im Anflug auf das zur Abschlussfeier mit 60 000 Menschen besetzte Olympiastadion befinde.

*Müssen wir den Verteidigungsfall neu definieren, oder brauche wir einen neuen, zusätzlichen Begriff?*  
Artikel 115a ist sehr klar geregelt, welche Schritte beim Eintritt des Verteidigungsfalles notwendig sind, von den erforderlichen Beschlüssen des Bundestags bis zur Einrichtung des Gemeinsamen Ausschusses von Bundestag und Bundesrat. Da steht auch, dass sofort gehandelt werden darf, wenn ein solcher Beschluss zunächst nicht eingeholt werden kann. Wir dürfen eine solche Diskussion nicht erst dann beginnen, wenn die Situation eingetreten ist. Meines Erachtens muss man bereits heute den Verteidigungsfall neu definieren, denn er könnte sich anders darstellen.

*Betrifft das auch ein Handeln der Bundeswehr am Boden, etwa zum Objektschutz?*

Objektschutz sieht die Verfassung im Verteidigungsfall vor. Aber das ist jetzt nicht vorrangig mein Thema. Die Bundeswehr leistet heute schon ihren Beitrag, wenn Naturkatastrophen oder schwere Unglücksfälle eintreten. Bei der Fußballweltmeisterschaft halten wir vorsorglich 7 000 Soldatinnen und Soldaten bereit für die ABC-Abwehr, für den Sanitätsdienst, für den Luftransport, aber auch Pioniere und Feldjäger. Die Nato wird auch Awacs-Flugzeuge einsetzen. Ich gehe jetzt gemeinsam mit dem Bundesinnenminister auf die Innenministerkonferenz, um unsere Planungen mit den Innenministern zu besprechen. Für die zivil-militärische Zusammenarbeit richten wir ab 1. Januar nächstes Jahres über 400 Verbindungskommandos ein – auch mit Reservisten übrigens. Das findet auf der Ebene der Kreise und Oberbürgermeister statt, also der regionalen Behörden, die für den Zivilschutz zuständig sind.

*Muss unter dem Verteidigungsbegriff auch der Auslandseinsatz laufen, soll er ausdrücklich ins Grundgesetz geschrieben werden?*

Es ist sinnvoll, dass man dort das Thema völkerrechtliche Verpflichtungen einbezieht, dass man hier klarer definiert, in welcher Art und Weise wir die Interessen der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen. Wenn wir in europäischen Einsätzen in Bosnien-Herzegowina sind oder nach einem Bundestagsbeschluss bald unsere Aufgaben zur Absicherung von demokratischen Wahlen in Kongo wahrnehmen, können sie dazu verfassungskonform den Begriff der Verteidigung auslegen und ihn weiter definieren. Aber ich neige dazu, dass wir auch hier eine Grundgesetzänderung anstreben sollten.

*1989 und 2001 haben wir erlebt, wie sich kaum vorhersehbar die weltpolitische Lage umkehr – zweimal in relativ kurzer Zeit. Was ist, wenn wieder ein solcher Umschwung kommt, der auf einmal die Territorial- oder Bündnisverteidigung wieder stärker ins Zentrum rückt?*

Man sollte den Fall nicht ausschließen. Aber es geht darum, die jetzt konkrete Situation einzubeziehen. Und wir müssen über eine vernetzte Sicherheitspolitik sprechen, die zivil-militärische Zusammenarbeit. Das Drogenproblem in Afghanistan, das eine große Herausforderung darstellt, bekämpft man natürlich effektiver, wenn die Bauern auch ohne Mohnanbau eine wirtschaftliche Perspektive haben. Wenn die sogenannten Failing States wieder zu stabilen, friedlichen Entwicklungen kommen sollen, brauchen sie auch soziale Stabilisierung. Auch die Kommunikationssysteme oder das Thema Energieversorgung müssen wir mit ins Blickfeld nehmen, wenn wir von vernetzter Sicherheitspolitik sprechen.

*Welche Rolle spielt die Tradition für das Selbstverständnis der Bundeswehr?*

Natürlich müssen wir berücksichtigen, was der Bundestag beschlossen hat. Ich glaube, dass wir den Aspekt Tradition und ihre Vorbildfunktion in den Vordergrund stellen müssen: einmal durch die Preussische Heeresreform von Scharnhorst, zweitens durch den Widerstand gegen Hitler und drittens aber auch, das müssen wir etwas mehr ins Blickfeld rücken, durch die Entwicklung der Bundeswehr selbst in den vergangenen fünfzig Jahren. Auf diesen drei Säulen soll die Tradition der Bundeswehr begründet sein.

*Muss unsere Sicherheitspolitik interessengeleitet sein?*

Ja. Wir brauchen eine klare Wertorientierung, aber es wäre falsch, wenn man nicht auch Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Sicherheitsbegriff definiert. Wir werden nicht überall weltpolizeiliche Aufgaben wahrnehmen können. Wir haben ein Interesse daran, dass zum

Beispiel Afghanistan kein Ausbildungszentrum mehr für Terroristen ist. Stabilität in Afrika, unserem Nachbarkontinent, liegt in unserem Interesse, auch um die ansonsten eintretende Migration zu vermeiden.

*Und wirtschaftliche Interessen, Versorgungs- und Ressourcensicherung?*

Das gehört dazu. Ich weiß, dass da Kontroversen auf uns zukommen. Aber wenn politisch kontrovers diskutiert wird, bewirkt man auch eine öffentliche Kommunikation, und das halte ich für notwendig. Es kann nicht so sein, dass Deutschland Verpflichtungen eingeht und dies in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird.

*Werden wir also Einsätze fahren müssen, um Energielieferungen zu sichern?*

Wir müssen uns auf solche Fragestellungen vorbereiten. Wir diskutieren auch in der Nato: Müssen gegebenenfalls Seewege vor Terroristen gesichert werden? 80 Prozent des Welthandels werden über den Seeweg abgewickelt. Ich würde mir auch wünschen, dass es uns gelingt, Vereinbarungen zu treffen mit den Ländern in den entsprechenden Regionen, dass wir dort auch innerhalb der 12-Meilen-Zone auffällige Schiffe verfolgen dürfen, wenn terroristische Verdachtsmomente gegeben sind.

Die amerikanischen Streitkräfte haben erstmals Klage gegen einen ranghohen Offizier wegen des Folter- und Misshandlungsskandals in dem Militärgefängnis Abu Ghraib bei Bagdad erhoben. Der frühere Leiter der Abteilung für Verhöre des Gefängnisses, Oberstleutnant Steven Jordan, wurde am Wochenende von einem Militärgericht in Fort Meade im Bundesstaat Maryland unter anderem wegen Grausamkeit und Falschaussage angeklagt. Bisher hatte es nur Militärverfahren gegen zehn Soldaten mit Mannschaftsdienstgraden gegeben, die zum Teil zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Jordan wird unter anderem angelastet, die sexuelle Erniedrigung von Gefangenen und deren Einschüchterung durch Hunde zugelassen zu haben. Bei den Ermittlungen habe er mehrfach geleugnet, davon gewusst zu haben. Weiter wird Jordan vorgeworfen, seine Aufsichtspflicht über seine Untergebenen verletzt zu haben. (...) In Sri Lanka sind bei einer Minenexplosion in der Hafenstadt Trincomalee im Osten des Landes am Montag vier Zivilisten und ein Marinesoldat getötet worden. Das Militär machte die „Befreiungstiger von Tamil-Eelam“ (LTTE) für den Anschlag verantwortlich. Ein Armeesprecher sagte, vier Zivilisten und drei Marinesoldaten seien bei der Detonation nahe eines Hindu-Tempels verletzt worden. In der Hauptstadt Colombo wurden fast alle Veranstaltungen zum 1. Mai aus Sicherheitsgründen abgesagt. (...)

• *Ratlos in den Kongo. Süddeutsche Zeitung, 02. Mai 2006, S. 4.*

Die Geschichte der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist eine Geschichte der zwei Geschwindigkeiten. Seit der erste deutsche Sanitätssoldat am 22. Mai 1992 ein Lazarettzelt auf kambodschanischem Boden aufschlug, haben die Streitkräfte eine ununterbrochene Reform am zunehmend hochtourig laufenden Motor verkraften müssen. Dieser professionelle Modernisierung steht eine erstaunliche Liederlichkeit beim Umgang mit ihren theoretischen Grundlagen gegenüber. Die Vorgänger des amtierenden Verteidigungsministers Franz Josef Jung haben es als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt sämtlich versäumt, der neuen Einsatzpolitik einen schlüssigen politischen Begründungsrahmen zu geben. Sie legten sich ihre jeweiligen Begründungen zurecht, gerade wie es politisch opportun erschien. So hangelte sich Ruhe über die Runden mit dem so schön klingenden wie hohlen Satz, man gehe dahin, wo man Teil der Lösung und bleibe fern, wo man Teil des Problems sei. Sein Nachfolger Rudolf Scharping bemühte für den Kosovo-Krieg 1999 im Duett mit Joschka Fischer makabre Holocaust-Parallelen, um den Rückhalt in Parlament und Bevölkerung herzustellen. Für Afghanistan wurde 2001 der Bündnisfall bemüht, beim Irak 2003 ein Nein zu Abenteuern ausgesprochen. Verteidigungsminister Peter Struck erkannte immerhin, wie brüchig die rechtlichen und sicherheitspolitischen Grundlagen deutscher Einsatzpolitik sind, wenn die Frage zu beantworten ist: Warum wohin? Zum einen erließ er neue Verteidigungspolitische Richtlinien, die festlegten, dass die Bundeswehr „weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf“ in der Lage sein müsse, an „Operationen mit hoher Intensivität“ teilzunehmen. Der Minister Struck wird jedoch vor allem in Erinnerung bleiben als derjenige, der es vermocht hat, sich mit einer rhetorischen Figur die Debatte um eine Verfassungsänderung vom Leibe zu halten. „Der Bund stellt Streitkräfte zur Landesverteidigung auf“, steht in Artikel 87a des Grundgesetzes. Landesverteidigung finde auch am Hindukusch statt, formulierte Struck kess – was ihm den ebenso kessen Vorhalt einbrachte, was das denn für die Verteidigung in Hindelang bedeute? Der erste Verteidigungsminister der Bundesrepublik, der diesen Zustand der Flickschusterei beenden möchte, heißt Franz Josef Jung. Der EU-Einsatz im Kongo, den ein deutscher General befehligen soll, sowie das vom Bundesverfassungsgericht abgeschmetterte Luftsicherheitsgesetz haben ihn in eine Lage gebracht, in der die Klärung zweier Fragen dringend geboten ist. Erstens: Warum und wohin

rückt die Bundeswehr out of area aus? Zweitens: Was darf sie im Inland tun in einer Zeit, in der die Bedrohung nicht mehr auf Panzerketten aus dem Osten anrollt, sondern mit entführten Zivilflugzeugen einfliegt. Die große Koalition bietet die Gelegenheit, das Versäumte endlich nachzuholen. Daher ist es richtig, dass Jung bis zum Sommer ein neues Weißbuch angekündigt hat. Dieses Weißbuch ist die Richtschnur sicherheitspolitischen Denkens und Handelns dieses Landes, erstellt im Verteidigungsministerium, abgestimmt zwischen allen zuständigen Ressorts und am Ende gebilligt von Kabinett und Kanzlerin. Es ist auch richtig, dass Jung in Zeiten einer großen Koalition und der damit verbundenen Mehrheiten auch vor Verfassungsänderungen nicht zurückschreckt. Es ist kein mangelnder Respekt vor dem Grundgesetz, wenn man feststellt, dass dessen Verfasser bei aller Weisheit, die sie einte, nicht alles im Blick haben konnte, was fast 60 Jahre später die Existenz Deutschlands begründet oder eben auch bedroht. Kritiker erkennen etwa bei Vorstößen Wolfgang Schäubles, innere und äußere Sicherheit grundgesetzlich zu verzahnen, gerne eine irrationale Obsession des Innenministers. Vielleicht kann es aber bedrohlicher sein, die Verfassung so zu lassen, wie sie ist, als sie zu ändern. Und eine Bundeswehr als innerstaatliche Bedrohung der Demokratie (denn das steckt hinter diesen Befürchtungen) ist definitiv weniger wahrscheinlicher als eine terroristische Bedrohung, der man mit polizeilichen Mitteln nicht beikommt. In dieser Woche wird der deutsche Kongo-Kommandeur Karlheinz von Viereck mit den 16 Partnernationen den EU-Einsatz militärisch planen. Derweil bleibt im Parlament die Skepsis groß, was am Einsatz und seiner Sinnhaftigkeit selbst liegt, aber auch dem Umstand geschuldet ist, dass ein klarer Kurs der deutschen Politik nicht zu erkennen ist. Ohne dass auch nur einer der großen Einsätze beendet werden konnte, kommen immer neue hinzu. Auch in einem Weißbuch wird man nicht en detail die Frage zur Kongo-Mission beantwortet finden, mit wie viel Soldaten genau man dort hineingeht und ob deren Einsatzgebiet wirklich auf die Hauptstadt Kinshasa beschränkt bleiben wird und kann, wie die Bundesregierung verspricht. Ein Weißbuch ist kein Kursbuch. Aber eben dieses sicherheitspolitische Kursbuch für das 21. Jahrhundert ist dringend vonnöten. Der Kongo sollte die letzte Operation der Bundeswehr sein, über die ohne eine vorherige sicherheitspolitische Standortbestimmung Deutschlands entschieden wird.

- *Eurocopter wirbt um Gunst des Konkurrenten Sikorsky. Süddeutsche Zeitung 02. Mai 2006, S. 10.* Der europäische Hubschrauberhersteller Eurocopter strebt eine transatlantische Zusammenarbeit beim geplanten neuen Schwerlasthubschrauber CH-53K für die US-Marine an. Anfang April hatte der zum UTC-Konzern gehörende US-Wettbewerber Sikorsky einen Auftrag über 3,03 Mrd. Dollar für die Entwicklung des Hubschraubers erhalten. Eurocopter schlägt vor, dass dieser Hubschrauber eine Kabine vollständig aus modernen Verbundstoffen und nicht aus Metall erhält. „Wir haben Sikorsky ein Angebot unterbreitet und hoffen in den nächsten Monaten auf eine Entscheidung“, sagte Eurocopter-Vorstand Bert Stegkemper der FTD. Die US-Marine will 156 der neuen Hubschrauber beschaffen. Experten beziffern die Gesamtkosten auf mehr als 4 Mrd. Dollar. Der Erstflug ist um das Jahr 2010 geplant.

- *Bundeswehr hält 7000 Soldaten für WM bereit. Financial Times Deutschlands, 03. Mai 2006, S. 14.* Die Bundeswehr hält nach Angaben des Bundestags-Prescribedienstes neben 2 000 Soldaten für die technische Amtshilfe zusätzlich 5 000 Mann für den Fall einer Großkatastrophe bei der Fußballweltmeisterschaft bereit. (...) Die Kosten für die 2000 Soldaten zur technische Amtshilfe für Länder und Kommunen würden auf ungefähr 1,4 Mio. Euro geschätzt. Die Kosten für die Bereitstellung der 5000 weiteren Soldaten seien derzeit nicht genau zu beziffern.

- *Japan und USA einig über Truppenverlegung. Süddeutsche Zeitung, 03. Mai 2006, S. 0.* Japans Premier Junichiro Koizumi hat am Dienst eine am Vorabend erzielte Einigung mit den USA über eine Umstrukturierung ihrer Streitkräfte in der Pazifik-Region begrüßt. Er sprach von einer „neuen Ära“ der bilateralen Beziehungen. Bis 2014 sollen 8 000 US-Marineinfanteristen von den südjapanischen Okinawa-Inseln auf die US-Pazifikinsel Guam verlegt werden. Japan übernimmt 59 Prozent der Kosten. Zudem wollen die USA an verschiedenen Standorten in Japan Abschuss-Basen für Patriot-Raketen stationieren. Auf Okinawa sind die meisten der mehr als 40 000 US-Soldaten in Japan stationiert.

- *Gericht: Sieg für Gelöbnis-Gegner. die tageszeitung, 04. Mai 2006, S. 21.* Im Streit um das Versammlungsrecht muss die Bundeswehr eine herbe Niederlage einstecken. Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts hat gestern den Sondernutzungsbescheid des zuständigen Bezirksamts von Jul 2004 aufgehoben. Dieser Bescheid räumte der Bundeswehr „bis auf Widerruf“ für jeden 20. Juli eines Jahres das Hausrecht für einen weiträumigen Bereich um den Sitz des Verteidigungsministeriums ein. Das Sondernutzungsrecht in den Jahren 2004 und 2005 wurde vom Gericht für

rechtswidrig erklärt. Geklagt hatte die antimilitaristische Initiative „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“. Jedes Jahr hatte sie am 20. Juli gegen das „Feierliche Gelöbnis“ von Bundeswehrrekruten demonstriert und versucht, mit lautstarkem Protest die Feierlichkeiten akustisch zu stören. Dies war in den vergangenen Jahren jedoch nicht mehr möglich, weil die Bundeswehr über ihr eigenes Gelände im Bendlerblock hinaus ein Sondernutzungsrecht über die umliegenden Straßen zugesprochen bekam.

- *Milliardenloch in der Wüste. die tageszeitung, 04. Mai 2006, S. 21*

Mehr als 2400 US-Soldaten sind seit dem Einmarsch vor gut drei Jahren im Irak gestorben, mehr als 17 000 wurden verletzt – eine Bilanz des Schreckens, die täglich neu geschrieben werden muss. Wie viel Material die US-Army bei dem Schlachten im Zweistromland verloren hat, darüber schweigen die Verantwortlichen. Insgesamt 104 Helikopter, darunter 14 Chinook und 27 Apache, von denen ein Stück mehr als 50 Millionen Dollar kostet, seien zerstört worden, berichtet die französische Zeitschrift Raids. Sie stützt sich dabei auf Zahlen aus dem Pentagon sowie aus anderen, nicht genannten Quellen. Mindestens 118 Helikopter sollen beschädigt worden sein, teils durch Kampfhandlungen, teils aber auch durch das trockene und staubige Wüstenklima, das den Fluggeräten schlecht bekommt. Allein deren Reparatur habe bereits 2,6 Milliarden Dollar verschlungen, schätzt Raids. Etwa 1400 Fahrzeuge der Bodentruppen seien zerstört worden, umgerechnet eines pro Tag. Dazu zählen 49 Panzer des Typs Abrams M 1 und 450 Hummer. Die Zahl der verlorenen Kleinwaffen dürfte sich auf 30 000 belaufen. Schwierigkeiten bereitet der US-Army zudem die Reparatur der Gewehre, deren Lebensdauer im Wüstensand rapide abnimmt. 20 Millionen Arbeitsstunden müssten dafür allein 2006 veranschlagt werden, heißt es.

- *Belagerung des Grundgesetzes. Berliner Zeitung, 05. Mai 2006, S. 4.*

Wäre die Heftigkeit der Debatte ein Indiz für die Betroffenheit der Öffentlichkeit – das Grundgesetz könnte einpacken. Gäben das Fernsehprogramm oder die Tagesordnung des Bundestages Auskunft über Rang und Bedeutung des verhandelten Themas – die viel beschworene, gern belächelte, wieder und wieder und wieder zitierte freiheitlich-demokratische Grundordnung hätte in Deutschland nicht mehr viel zu melden. Jahrzehntlang haben die Bundesbürger sich auf den Schutz der Grundrechte berufen, kein Menschen- und kein Bürgerrecht, das nicht hundert- oder tausendfach vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagt worden wäre. Der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit – erhoben gegen ein Gesetz, ein Urteil oder eine Partei – war die bedrohlichste und zugleich beliebteste Keule im politischen Streit. Der Autorität der Verfassung hat das nicht geschadet. Im Gegenteil: Stets konnte sich das Grundgesetz auf die Versicherung der Kontrahenten verlassen, nichts anderes sei das Ziel als seine wirksamste Verteidigung. Das ist Geschichte. Das Grundgesetz interessiert nicht mehr. Am 15. Februar dieses Jahres hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber einen beispiellosen Verfassungsverstoß bescheinigt. Mit dem so genannten Luftsicherheitsgesetz, das den Abschuss eines von Terroristen entführten, mit unschuldigen Passagieren besetzten Flugzeugs erlaubte, habe der Bundestag die Menschenwürde gravierend verletzt. Nie zuvor hat das Gericht dem Parlament vorgehalten, es habe ein Verbrechen zu legalisieren versucht, nie zuvor wurde Satz für Satz und Wort für Wort all das, was der Gesetzgeber sich zur vermeintlichen Vermehrung der Sicherheit vorgestellt hat, als „schlechterdings unvorstellbar“ vom Karlsruher Gericht gezeißelt. Aber auch niemals zuvor hat die Öffentlichkeit, haben die Medien genau so aufreizend gelassen auf die Verurteilung eines skandalösen Gesetzesbruchs durch den Gesetzgeber reagiert wie die betroffenen Politiker. Der Vorwurf, der Staat habe versucht, sich zur Ausschaltung von Mördern den Totschlag zu gestatten und der Menschenwürde mittels Rettungstotschlags den Garaus zu machen, löst nur mehr Achselzucken aus – geschrien wird erst, wenn Türkinnen mittels Kopftuchs die deutsche Leitkultur bedrohen. Die kaltblütige Ignoranz, die die Verfassung inzwischen zu erwarten hat, manifestierte sich nach dem Urteil in den Worten Peter Strucks (SPD), vormals Verteidigungsminister und einer der Initiatoren des Gesetzes: „Ich habe große Zweifel, dass dieses Urteil uns weiterhilft.“ Die Zweifel waren allerdings begründet – das Verfassungsverständnis der deutschen Politik hat die Entscheidung offensichtlich nicht befördert. Strucks Amtsnachfolger Franz Josef Jung (CDU) hat das Grundgesetz soeben zum militärischen Aufmarschgebiet erklärt. In einem Interview hat er verlangt, in den Verteidigungsbegriff der Verfassung die Auslandseinsätze im Rahmen völkerrechtlicher Verpflichtungen ebenso einzubeziehen wie terroristische Bedrohungen „größeren Ausmaßes“ im Inland. Die Welt ist alles, was der Verteidigungsfall wird, dann ist die Trennung von Polizei und Bundeswehr naturgemäß entbehrlich. Seine Kompetenz als Verteidigungsminister hat Jung noch nicht unter Beweis gestellt, seine Inkompetenz als Verfassungsinterpret ist aber damit hinlänglich erwiesen. Willy Wimmer (CDU), ehemaliger Parlamentarischer

Staatssekretär im Verteidigungsministerium, hat zu den verfassungspolitischen Aufmarschplänen richtig bemerkt: „Wer in die Verfassung blickt, die höchstrichterlichen Entscheidungen zur Kenntnis nimmt, seine eigenen Interessen kennt und die Regeln des Völkerrechts beherzigt, kann auch ohne Verfassungs-Camouflage mit der Wirklichkeit klarkommen.“ Jung wünscht künftig eine nicht nur werte-, sondern auch interessengeleitete Sicherheitspolitik, die die Energietransporte und die Zugänge zu Ressourcen schützt: „Müssen gegebenenfalls Seewege vor Terrorismus gesichert werden?“ Vielleicht müssen sie das, aber diese Problem berührt den bereits heute mit äußerster Härte geführten weltweiten Kampf um die knapper werden Ressourcen gerade einmal peripher. Dabei handelt es sich aber nicht um Verteidigungs-, sondern um Verteilungskämpfe. Das Grundgesetz hat Besseres verdient, als ihnen auf Befehl des Ministers als Erstes zum Opfer zu fallen. Denn wir haben nur eins. Seine Kompetenz als Verteidigungsminister hat Jung noch nicht unter Beweis gestellt, sein Inkompetenz als Verfassungsinterpret ist aber hinlänglich erwiesen.

- *Koreas Bauern laufen Sturm gegen US-Basis. Handelsblatt, 05. Mai 2006, S. 10.*

In Südkorea haben sich am Donnerstag 3 000 Polizisten eine Schlacht mit 1 000 Demonstranten geliefert, die gegen die Erweiterung einer US-Militärbasis protestierten. Die südkoreanische Regierung will nahe der Stadt Pyeongtaek mehrere Bauerndörfer räumen lassen, um Platz für die geplante Verlegung des US-Truppenhauptquartiers von der rund 80 Kilometer entfernten Hauptstadt Seoul aufs Land zu schaffen. (...)

- *Japan und die USA planen gemeinsamen Überschalljet. Handelsblatt, 08. Mai 2006, S. 19.*

Amerika und Japan planen offenbar den Bau eines Concorde-Nachfolgers. Die japanische Luft- und Raumfahrtagentur Jaxa und ein Konsortium japanischer Großunternehmen wollen gemeinsam mit der US-Raumfahrtagentur Nasa und dem Flugzeughersteller Boeing eine neue Generation von Überschalljets für den Passagierbetrieb entwickeln. Schon im Jahr 2012 soll der erste unbemannte Prototyp für Triebwerktests starten, berichtet die japanische Wirtschaftszeitung „Nikon Keizai“ (Nikkei) in ihrer Sonntagsausgabe. Der praktische Einsatz könne etwa 2020 möglich sein. Das neue Flugzeug könnte 200 bis 300 Passagiere in etwa fünf Stunden von Tokio nach Los Angeles bringen. An dem Projekt sind auf japanischer Seite die Schwerindustriesparten der Firmen Ishikawajima-Harima, Kawasaki, Mitsubishi und Fuji beteiligt. Prototypen des neuen Triebwerks existieren bereits in den Testlabors des Konsortiums und zeigen vielversprechende Eigenschaften. Die neue japanisch-amerikanische Kooperation sei angesichts einer Vielzahl von aktuellen transpazifischen Vorhaben plausibel, sagte ein Branchenkenner dem Handelsblatt. Schon für die im Jahr 2000 eingeführte Generation von Kampfflugzeugen des Typs Mitsubishi F2 hätten japanische Konzerne in Kooperation mit dem US-Unternehmen Lockheed Martin umfangreiche Entwicklungsarbeit geleistet, von der auch das US-Militär profitiert habe. Boeing habe zudem in der Vergangenheit japanische Unternehmen auch an der Entwicklung von Passagierflugzeugen umfangreich teilhaben lassen, so der Experte. Der europäische Konkurrent EADS vergab dagegen nur Subaufträge mit geringer gegenseitiger Verschränkung. Der Marktanteil von Boeing liegt in Japan bei über 90 Prozent. Airbus dagegen konnte in den letzten Jahren keine der großen Fluglinien des Landes als Abnehmer gewinnen. EADS vergrößerte daraufhin seine Verkaufsmannschaft vor Ort.

- *Sex statt Schulgeld. WELT KOMPAKT, 9. Mai 2006, S. 8.*

In Liberia werden nach Informationen des britischen Kinderhilfswerkes Save the Children Minderjährige weiterhin von internationalen Helfern, UN-Blauhelmsoldaten und Geschäftsleuten sexuell missbraucht. Trotz der Versprechungen der Uno aus dem Jahr 2002, gegen diese Form der Ausbeutung vorzugehen, würden Kinder immer noch zum Sex im Austausch für Nahrungsmittel gezwungen, erklärte die Organisation gestern in London. Einige Lehrer verlangten sexuelle Handlungen statt Schulgeld.

- *Bundeswehrverband wehrt sich mit ungewöhnlicher Anzeigenkampagne. Handelsblatt, 10. Mai 2006, S. 6.*

Der Deutsche Bundeswehrverband opponiert gegen die bevorstehende Kürzung der Sonderzahlungen für Beamte und Soldaten. Mit einer ungewöhnlichen Anzeigenaktion machte der Verband gestern auf die Interessen deutscher Soldaten aufmerksam. In ganzseitigen Anzeigen, die in mehreren Tageszeitungen geschaltet wurden, „bedankte“ sich die Interessenvertretung der Streitkräfte für eine bevorstehende Kürzung des Weihnachtsgeldes. „210 000 Mitglieder und ihre Angehörigen sagen Danke“, heißt es in der Anzeige. Das Gehalt der Soldaten werde um 2,5 Prozent gekürzt „als ‚Ausgleich‘ gibt es einen neuen Einsatz“. Mindestens 500 Soldaten sollten „ihren Kopf im Kongo hinhalten“, kritisiert der Bundeswehrverband. So gehe es nicht weiter: „Finanzielle Sonderopfer für Soldaten und immens



gefährliche Auslandseinsätze passen nicht zusammen.“ Hintergrund der für den Verband kostspieligen Anzeigenaktion ist das neue Haushaltsbegleitgesetz, das heute in nahezu allen Ausschüssen des Bundestages beraten wird und im Juni vom Parlament verabschiedet werden soll. Das Gesetz enthält neben der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent eine Reihe weiterer Maßnahmen. Dazu gehören Kürzungen des Weihnachtsgeldes für Beamte und Soldaten in den Jahren 2006 bis 2010. Eine eigene Besoldung für die Soldaten ist seit Jahren Thema für den Verband – und ist auch für die große Koalition nicht undenkbar. „Die Möglichkeit zur Schaffung einer spezifischen Besoldungsordnung für Soldatinnen und Soldaten wird geprüft“, heißt es im Koalitionsvertrag von Union und SPD vom 11. November 2005. Auf diesem Weg herrscht bislang aber Stillstand.

- *Rheinmetall rüstet sich für Zusammenschlüsse. Die Welt, 10. Mai 2006, S. 15.*

Der Industriegüterkonzern Rheinmetall will den Konzentrationsprozess in der Rüstungsbranche vorantreiben. „Rheinmetall hat ein starkes Interesse, nicht als Zuschauer dabei zu sein, sondern in der Spitze mitzugestalten“, sagte Vorstandschef Klaus Eberhardt gestern auf der Hauptversammlung. Spruchreif sei aber noch nichts. Er sei sicher, dass die Politik 2007 die Entscheidung für den Schützenpanzer „Puma“ treffen werde. Das erwartete Auftragsvolumen bezifferte er mit 410 Stück auf über 3 Mrd. Euro. Die Düsseldorfer produzieren den „Puma“ gemeinsam mit Kraus-Maffei Wegmann. Über einen Zusammenschluss der Unternehmen war immer wieder spekuliert worden. „Es gibt heute nichts Neues zu sagen“, betonte Eberhardt vor den Aktionären. Priorität habe aber eine Neuordnung des deutschen Marktes, ehe man dann aus einer „Position der Stärke“ heraus europäisch agieren sollte.

- *Kosten für Kongo-Einsatz mehr als doppelt so hoch. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Mai 2006, S. 4.*

Der Kongo-Einsatz der Bundeswehr wird erheblich teurer als erwartet. Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger (CDU) bezifferte die Kosten gestern im Verteidigungsausschuss des Bundestages in Berlin nach Angaben von Teilnehmern auf rund 50 Millionen Euro. Dagegen hatte Minister Franz Josef Jung (CDU) noch Ende März vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktionen von 20 Millionen Euro gesprochen, die aus dem Einzelplan Verteidigung aufgebracht müssten.

- *Skepsis über EU-Militäreinsatz. die tageszeitung, 11. Mai 2006, S. 2*

Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) hat sich skeptisch über einen europäischen Militäreinsatz zur Absicherung der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo geäußert. Es sei nicht zu erwarten, dass eine kurzfristige Militärpräsenz zu einer langfristigen Befriedung des Landes führe, erklärte EED-Vorstand Konrad von Bonin gestern. Die Konflikte im Kongo benötigten einen langen Atem, europäische Politik sollte sich daher an entwicklungspolitischen Zielen orientieren. Bonin unterstrich die Bedeutung von Friedens- und Aufbauarbeit im Kongo.

- *UN erheben Vorwürfe gegen Armee und Polizei. Frankfurter Rundschau, 11. Mai 2006, S. 8.*

Die Sicherheitskräfte im Kongo haben sich nach Angaben der Vereinten Nationen schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Armee und Polizei hätten im vergangenen Jahr vor allem im Osten des afrikanischen Landes systematisch Gewalt gegen die Zivilbevölkerung angewandt, heißt es in einer Untersuchung der UN-Mission im Kongo (Monuc), die am Mittwoch in Kinshasa veröffentlicht wurde. Wo die Armee militärisch gegen Milizen vorgegangen sei, hätten die Bewohner der Region besonders gelitten. Es habe Hinrichtungen gegeben und es seien Menschen gefoltert worden. Außerdem sei sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen noch immer weit verbreitet. (...)

- *EADS startet unbemannten Aufklärer. Financial Times Deutschland, 12. Mai 2006, S. 3.*

Der Rüstungskonzern EADS hat sein bislang geheimes unbemanntes Flugzeug Barracuda erfolgreich getestet. Der 20-minütige Erstflug fand kürzlich in Spanien statt. Das Testflugzeug befindet sich als so genannter Technologieträger noch in einer frühen Entwicklungsstufe. Es ist mit über acht Meter Länge das bisher größte in Europa gebaute und geflogene unbemannte Flugzeug. EADS will damit „die Basis für ein neues unbemanntes europäisches Aufklärungsflugzeug schaffen“, sagte EADS-Rüstungsvorstand Stefan Zoller der FT. Zudem will EADS den mehrjährigen Vorsprung von US-Konzernen bei unbemannten Flugzeugen durch neue Technologien und Einsatzkonzepte ausgleichen. (...)

- *10 Prozent Tschibo-Rabatt für alle Soldaten! Bild Zeitung, 12. Mai 2006, S. 1.*

Tarnanzug vom Outdoor-Shop, Fernrohr von Tschibo! Unsere Soldaten decken sich auf eigene Kosten für Auslandseinsätze ein, weil die Bundeswehr doch so sparen muss. Jetzt springt der Kaffeeröster Tschibo ein: Ab heute bekommen Soldaten und Angehörige der Bundeswehr bundesweit in allen Tschibofilialen einen 10%-Rabatt auf alles (nur Dienstausweis vorzeigen). „Wir wissen, wie wichtig gute Ausstattung für die Soldaten ist“, so Tschibo-Sprecher Joachim Klähn. „Wenn sie gute Produkte

für wenig Geld suchen, helfen wir gern.“ Die Aktion gilt bis einschließlich Montag! Übrigens: Auch Kamerahersteller Minox will helfen. Der Konzern spendet der Truppe 10 High-Tech-Fernrohre („Spektive“) vom Typ MD 62. Stückpreis: 1000 Euro.

- *Deutsche Interessen. Die Welt. 12. Mai 2006, S. 8.*

Das Grundgesetz ist in seinen Artikeln zur Landesverteidigung in die Jahre gekommen. Nach wie vor atmet es den Geist einer Zeit, in der sowjetische Panzermassen die Bundesrepublik bedrohten. Verteidigungsminister Franz Josef Jung will den Verteidigungsbegriff neu definieren. Dafür hat er einen interessanten Ansatz gewählt, der auch in sein neues Weißbuch Eingang gefunden hat. Danach tritt der Verteidigungsfall auch dann ein, wenn es zu einer terroristischen Bedrohung im Inland kommt. Der Vorschlag hat es verdient, ausführlich diskutiert zu werden. Denn durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Einsatz militärischer Mittel zum Beispiel gegen entführte Passagierflugzeuge verbietet, gibt es in Deutschland eine erhebliche Sicherheitslücke. Sollte es tatsächlich zu einem Angriff wie in den USA am 11. September 2001 kommen, darf die Bundeswehr nicht eingesetzt werden. Da es um Grundrechte der Passagiere in dem entführten Flugzeug geht, hilft selbst eine Änderung des Grundgesetzes in diesem Fall nicht weiter. Jungs Vorstoß, in diesem Fall oder in anderen Fällen einer asymmetrischen Bedrohung den Eintritt des Verteidigungsfalls festzuhalten, um damit Handlungsoptionen zu erhalten, könnte eine Lösung sein. Neuland betritt der Verteidigungsminister auch bei der Definition der deutschen Interessen Unsicherheitsherde in zusammengebrochenen Staaten und die Piraterie können die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Energie bedrohen. Die Feststellung, die Bundesregierung werde zur Wahrung ihrer Interessen auch militärische Mittel einsetzen, ist nur konsequent. Und mit der Formulierung, dass sich die Regierung besonders jenen Regionen zuwenden werde, in denen Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, begibt sich Deutschland endlich auf gleiche Augenhöhe mit anderen Ländern, in denen dieses Verhalten eine Selbstverständlichkeit ist. Sicherheit hat allerdings ihren Preis. Es reicht nicht aus, nur ins Weißbuch hineinzuschreiben, dass der Etat der Bundeswehr nicht weiter gekürzt werden dürfe. Diese Zielvorgabe muss auch Bestandteil des Haushaltsplanes und der mittelfristigen Finanzplanung werden.

- *Transatlantische Strategie. Handelsblatt, 15. Mai 2006, S. 14.*

Der Ausstieg des britischen Rüstungskonzerns BAE Systems bei Airbus ist in mehrerer Hinsicht ein Signal: Zum einen unterstreicht er die transatlantische Ausrichtung der Briten, zum anderen die volle Konzentration auf das Rüstungsgeschäft. Doch viele Analysten sehen den Ausstieg aus dem europäischen Konsortium als Startschuss für neue Akquisitionen, womöglich gar für einen großen Sprung, der BAE in den USA auf einen Spitzenplatz katapultiert. Das Unternehmen selbst bemüht sich bereits, allzu hoch geschraubte Erwartungen zu dämpfen. (...) Parallel zur geopolitischen Achse Washington-London entwickelte der Konzern eine transatlantische Strategie. Weg von den schrumpfenden Rüstungsmärkten Europas, hin zu den Fleischtopfen des Pentagon. Gleichzeitig verstärkte BAE sich in der lukrativen Rüstungselektronik. Der Kauf des US-Heerestechnik-Herstellers United Defense hat BAE in den USA zu einem bedeutenden Lieferanten der US-Armee gemacht. Rund 30 Prozent des Umsatzes erzielen die Briten nun schon mit dem Pentagon. (...).

- *SPD-Streit über Auslösen des Verteidigungsfalls. Financial Times Deutschland, 15. Mai 2006, S. 10.* Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hält ungeachtet von Kritik der SPD daran fest, bei Terroranschlägen den Verteidigungsfall ausrufen zu können. „Wenn Terroristen ein mit Passagieren besetztes, entführtes Flugzeug auf ein voll besetztes Fußballstadion steuern, löst das meines Erachtens den Verteidigungsfall aus“, sagte Jung der „Welt am Sonntag“. Der Sprecher des Seeheimer Kreises der SPD-Fraktion, Johannes Kahrs, warf Jung vor, sich mit den Sozialdemokraten nicht vorher verständigt zu haben. Die Chancen, dass man sich gemeinsam auf ein neues sicherheitspolitisches Weißbuch einigen, würden dadurch nicht gesteigert, sagte er der „Welt“. Zuvor hatte der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold erklärt, die Ausweitung der Definition des Verteidigungsfalls sei „falsch“ und „gefährlich“. Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz sagte dagegen laut „Focus“: „Wenn ein Angriff von außen eine bestimmte Dimension überschreitet, dann darf auch militärisch reagiert werden – unter Inkaufnahme von Opfern unter Unbeteiligten.“

- *„Schlüsselfähigkeiten“ für Kongo fehlen noch. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 2006, S. 6* Wenige Tage vor der beabsichtigten Befassung des deutschen Kabinetts und des Bundestags mit dem Mandat für eine Beteiligung der Bundeswehr am EU-Kongo-Einsatz fehlen immer noch Zusagen beteiligter Nationen über wesentliche Schlüsselfähigkeiten. Auf dem Treffen der EU-Verteidigungsminister am Montag in Brüssel habe es kleine Fortschritte gegeben, aber noch nicht verbindliche Zusagen über alle „Key-Fähigkeiten“, hieß es in Berlin. Das betrifft Flugzeuge zum Luft-

transport und zur medizinischen Evakuierung (MedEvac). Dennoch äußerte sich Verteidigungsminister Jung (CDU) laut Agenturmeldungen optimistisch. Es seien konkrete Zusagen etwa bei den zuletzt noch fehlenden Hubschraubern für die Transporte im Lande gemacht worden. Nach Einschätzungen in Koalitionskreisen in Berlin scheinen die beteiligten europäischen Partner die Verhandlungen als ein „Pokerspiel“ aufzufassen, in dem es gelte, „die Nerven zu behalten“. Lufttransport und MedEvac seien teurer als Infanteristen. Es dürfe aber nicht sein, dass „wir darauf sitzen bleiben“ und Deutschland die fehlenden Kapazitäten selbst beisteuert.

- Offiziersäbel für die Bundeswehr ? [www.offiziersaebel.de](http://www.offiziersaebel.de)

An der Universität der Bundeswehr in Hamburg hat sich eine Gruppe junger Offiziere zusammengesetzt, um die Einführung eines Säbels für Offiziere zu betreiben. Als Begründung geben sie in ihrer obigen Website an, sie wollten dadurch ein äußerliches Zeichen der Zugehörigkeit, Gleichberechtigung und Zusammengehörigkeit schaffen. Außerdem wollen sie sich auf diese Weise gegenüber unseren Verbündeten als gleichwertig präsentieren. Merkwürdigerweise wird in der Website allerdings nicht darüber diskutiert, ob durch den Säbel nicht auch der Abschreckungswert der Bundeswehr bedeutend erhöht würde, könnte doch durch das Aufblitzen des gezogenen Säbels jeder Feind leicht in die Flucht geschlagen werden. Vielleicht sollten die Autoren der Website einmal bei August Bebel nachlesen, der bereits 1898 die kritische Frage stellte: „Ist es überhaupt nicht eine Verschwendung und eine Vernachlässigung pflichtgemäßer Sorge ohne Gleichen, wenn man fortgesetzt eine Uniformierung und eine Ausrüstung beibehält, die im Ernstfall dem Zweck nicht dient, für welche doch einzig und allein eine Armee vorhanden sein soll?“ (A. Bebel 1998, Nicht stehendes Heer sondern Volkswehr. Stuttgart)

## NEUERSCHEINUNGEN UNSERER MITGLIEDER

- Bredow, Wilfried von (2006): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Born, Hans/Caparini, Marina/Haltiner, Karl/ Kuhlmann, Jürgen (Hrsg.) (2006). Civil-Military Relations in Europe. Learning from Crisis and Institutional Change. Abingdon: Routledge
- Fröhling, Hans-Günter (2006). Innere Führung und Multinationalität. Berlin: Miles-Verlag
- Fröhling, Hans-Günter (2006): Innere Führung und Multinationalität. Berlin: Miles-Verlag.
- Gareis, Sven/Klein,Paul u.a.(2006). Opinion publique et défense européenne en Allemagne, en France et en Italie. Les documents du C2SD No. 79. Paris: Centre d'études en sciences sociales de la défense
- Hagen, Ulrich vom (Hg.) (2006): Armee in der Demokratie. Zum Verhältnis von zivilen und militärischen Prinzipien. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang Verlag.
- Kümmel, Gerhard (2006): Dienstleister in der Sicherheitspolitik. Private Sicherheits- und Militärunternehmen in der internationalen Politik. In: Reader Sicherheitspolitik, Ergänzungslieferung 04/2006, S. 218-224.
- Rose, Jürgen (2006a): Das Lodenmantel-Geschwader marschiert noch mal. Transformation und Traditionalismus. Wie die neue Bundeswehr von ihrer unbewältigten Vergangenheit eingeholt wird. In: Freitag, 9. Juni 2006.
- Rose, Jürgen (2006b): Die Sanitäter und das Maschinengewehr. Die Bundeswehr in Afghanistan. Verstöße gegen das Völkerrecht sollen durch geänderte Dienstvorschriften nachträglich legalisiert werden. In: Freitag, 31. März 2006.
- Rose, Jürgen (2006c): Geist oder Ungeist der Generalität. In: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft, 9. Jg., Nr. 11, S. 394-396,
- Rose, Jürgen (2006d): Keine Sehnsucht nach dem Schrein der Märtyrer. Eindämmung statt Zerstörung. Auch wenn der Streit um Irans Atomprogramm eskaliert, verläuft der Diskurs unter Strahlen im Hintergrund viel rationaler. In: Freitag, 24. März 2006.
- Theiler, Olaf (2006): Vision einer gleichberechtigten Partnerschaft: Neue Rollen für die NATO und die EU und ihr Einfluss auf die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. In: PIN - Politik im Netz, 7. Jahrgang, Ausgabe 35. Online: [http://www.politik-im-netz.com/pin\\_rl/global/glo\\_aufsatz.lasso](http://www.politik-im-netz.com/pin_rl/global/glo_aufsatz.lasso)

- Walz, Dieter/Eichen, Klaus/Sohm, Stefan (2006): Kommentar zum Soldatengesetz. Heidelberg: Verlag C.F. Müller.
- Werkner, Ines-Jacqueline (2006): Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstrukturrentscheidungen im europäischen Vergleich. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang Verlag.

## SONSTIGE NEUERSCHEINUNGEN

- Badie, Bertrand (Hg.) (2006). *Sortie de conflit et obstacles à la paix*. Les Champs de Mars Nr. 17. Paris: La documentation française
- Balencie, Jean-Marc/de La grange, Arnaud (Hg.) (2005). *Les Nouveaux Mondes rebelles: conflits, terrorismes et contestations*. Paris: éditions Michalon
- Baumgarten, Helga (2006): *Hamas – Aus dem palästinensischen Widerstand an die Regierung*. Kreuzlingen: Hugendubel.
- Birk, Eberhard (2006): *Militärische Tradition: Beiträge aus politikwissenschaftlicher und militärhistorischer Perspektive*. Hamburg: Kovac.
- Born, Hans/Loch, K. Johnson/Leigh, Ian (Eds.) (2005). *Who's Watching the Spies: Establishing Intelligence Service Accountability*. Washington: Potomac Books
- Brimmer, Esther (Hg.) (2006): *Transforming Homeland Security: U.S. and European Approaches*. Washington, D.C.: Center for Transatlantic Relations.
- Brisard, Jean-Charles (2006). *Das neue Gesicht der Al-Quida – Sarkawi und die Eskalation der Gewalt*. Berlin: Propyläen
- Bunker, Robert J. (Ed.) (2005). *Networks, Terrorism and Global Insurgency*. Abingdon: Routledge
- Burke, Jason (2006). *Al-Quaida – Wurzeln, Geschichte, Organisation*. Düsseldorf, Zürich: Artemis & Winkler
- Carment, David/Rudner Martin (Eds.). *Peacekeeping Intelligence*. Abingdon: Routledge
- Charillon, Frédéric (Hg.) (2005). *L'eupéanisation de la défense*. Les Champs de Mars Nr. 16. Paris: La documentation française
- Cimbala, Stephen J. (2005). *Nuclear Weapons and Strategy*. Abingdon: Routledge
- Colas, Alejandro/Saul, Richard (2005). *The War on Terrorism and the American 'Empire' after the Cold War*. Abingdon: Routledge
- Coulon, Jocelyn (dir.) (2005). *Guide de maintien de la paix*. Outrement (Québec): Athéna éditions
- Covey, Jack/Dziedic, Michael H./Hawley, Leonhard R. (Hg.) (2005). *The Quest for International Peace: International Intervention and Strategies for Conflict Transformation*. Washington: United States Institute of Peace Press
- Daucé, Françoise & Elisabeth Sieca-Kozłowski (Hg.) (2006): *Dedovshchina in the Post-Soviet Military. Hazing of Russian Army Conscripts in a Comparative Perspective*. Stuttgart: ibidem Verlag.
- Debiel, Tobias & Sascha Werthes (Hg.) (2006): *Human Security on Foreign Policy Agendas. Changes, Concepts and Cases (INEF Report 80)*. Duisburg: INEF.
- Defourneaux, Marc (2005). *Forces des armes, force des hommes*. Paris: L'Harmattan
- Department of Migration, Swiss Red Cross (Hg.) (2006): *In the Aftermath of War and Torture. Coping with Long-Term Traumatization, Suffering and Loss*. Zürich: Seismo Verlag.
- Deutsche Bischofskonferenz (2005): *Soldaten als Diener des Friedens. Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr (Die deutschen Bischöfe 82)*. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.
- Domergue, Lucas (2005). *La Chine, puissance nucléaire. Stabilisation régionale ou prolifération?* Paris: L'Harmattan
- Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) (Hg.) (2006): *Die Friedensfrage in der gegenwärtigen Epoche. Beiträge zum 10. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 19. November 2005 (DSS-Arbeitspapiere Heft 78)*. Dresden: DSS.
- Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) (Hg.) (2006): *Für eine Welt ohne Krieg. Gibt es Wege zu einem sicheren Frieden? Beiträge zum 14. Dresdner Symposium am 11. Februar 2006 (DSS-Arbeitspapiere Heft 79)*. Dresden: DSS.

- Follath, Erich/Jung, Alexander (Hg.) (2006): Der neue Kalte Krieg: Kampf um Rohstoffe. München: DVA.
- Franchini, Philippe (2005). Les mensonges de la guerre d'Indochine. Paris: Perrin
- Fukuyama, Francis (Ed.) (2006). Nation Building: Beyond Afghanistan and Iraq. Baltimore: John Hopkins University Press
- Geis, Anna (Hg.) (2006): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse. Baden-Baden: Nomos.
- Gödickmeier, Silvio & Martin Schlossmacher (2006): Soldatenfamilien im Einsatz. Berlin: Miles-Verlag.
- Gödickmeier, Silvio/Schlossmacher, Martin (2006). Soldatenfamilien im Einsatz. Berlin: Miles-Verlag
- Greiner, Bernd; Christian Th. Müller & Dierk Walter (Hg.) (2006): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Hamburg: Hamburger Edition.
- Grey, Stephen (2006): Das Schattenreich der CIA: Amerikas schmutziger Krieg gegen den Terror. München: DVA.
- Hallenberg, Jan/Karlsson, Hakan (Eds.) (2005). The Iraq War. European Perspectives on Politics, Strategy and Operation. Abingdon: Routledge
- Heng, Yee-Kuang (2005). War as Risk Management. Abingdon: Routledge
- Holhan, Anne (2005). Networks of Democracy. Lessons from Kosovo for Afghanistan, Iraq, and Beyond. Stanford: Stanford University Press
- Irlenkaeuser, Jan C. (2005): Einhegung oder Kooperation. Die amerikanische Chinapolitik unter Clinton und Bush. Frankfurt am Main et al
- Jauffret, Jean-Charles (2005). Ces officiers qui ont dit non à la torture Algérie 1954-1962. Paris: Autrement
- Kepel, Gilles & Jean-Pierre Milelli (Hg.) (2006) : Al Qaida. Texte des Terrors. München: Piper.
- Killian, Dieter E. (2005): Elite im Halbschatten. Generale und Admirale der Bundeswehr. Bielefeld: Osning Verlag
- Kirche unter Soldaten – 50 Jahre Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr (2006). Heilbad Heiligenstadt: Cordier-Verlag
- Koh, Jae-myong (2006): Suppressing Terrorist Financing. The Evolution and Implementation of International Standards. Berlin: Springer.
- Krause, Joachim & Jan C. Irenkäuser (Hg.) (2006): Bundeswehr – Die nächsten 50 Jahre: Anforderungen an deutsche Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Kreidl, Jakob (2005): Der Kosovo-Konflikt: Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven. Zur Stabilisierung einer Krisenregion. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Landesverteidigungsakademie (Hg.) (2005): Bruchlinien der Sicherheitspolitik: Die Türkei und das Spannungsfeld Naher Osten. Jahrestagung des Wissenschaftlichen Forums für internationale Sicherheit (Wifis) 2005. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 20. Wien: Landesverteidigungsakademie.
- Lee, Steven P. (Hg.) (2006): Intervention, Terrorism, and Torture: Contemporary Challenges to Just War Theory. Berlin: Springer Netherland.
- Leger, Jean-Francois (2005). Les jeunes et l'armée. Paris: L'Harmattan
- Lehmann, Rolf et al. (2005): Geopolitisches und militär-strategisches Denken in der Russischen Föderation (DSS-Arbeitspapiere Heft 77). Dresden: DSS.
- Lia, Brynjar (2005). Globalisation and the Future of Terrorism. Abingdon: Routledge
- Lock-Pullan, Richard (2005). US Intervention Policy and Army Innovation. Abingdon: Routledge
- Macleod, Alex/Morin, David (dir.) (2005). Diplomatie en guerre. Sept Etats face à la crise irakienne. Outrement (Québec): Athéna éditions
- Marauhn, Thilo/Heselhaus, Sebastian/Bruha, Thomas (Hg.) (2006). Legalität, Legitimität und Moral: Können Gerechtigkeitspostulate Kriege rechtfertigen? Tübingen: Mohr Siebeck (i.E.).
- Marwan, Abou-Taam/Bigalke, Ruth (Hg.) (2006). Die Reden des Osama bin Laden. München: Diederichs
- Mourlon-Druol, Emmanuel (2005). La stratégie nord-américaine après le 11-septembre. Un réel renouveau? Paris: L'Harmattan
- Münkler, Herfried (2006): Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie. Weilerswist: Velbrück.

- Naumann, Michael & Hans Magnus Enzensberger (2006). Kursbuch 163: Folter und Feste. Hamburg: Zeitverlag Gerd Bucerius.
- Pascallon, Pierre (Hg.) (2005). Renforcer l'intégration de la défense dans la nation. Paris: L'Harmattan
- Peters, Butz (2006): Tödlicher Irrtum: Die Geschichte der RAF. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Porteret, Vincent (2005). Etat-Nation et professionalisation. Les députés français face au déclin de l'armée de masse de 1962 à nos jours. Paris : L'Harmattan
- Pottier, Oliver (2005). Armée-Nation, Divorce ou réconciliation? De la loi Debré à la réforme du service nationale, 1970-2004. Paris: L'Harmattan
- Raith, Michael (2006): Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregulierung in Südosteuropa. Eine rollen- und zivilmachttheoretische Untersuchung der deutschen Kosovo- und Mazedonienpolitik. Baden-Baden: Nomos.
- Randow, Gero von/Ladurner, Ulrich (2006). Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr. Hamburg: Hoffmann und Campe
- Riemer, Andrea K. (2006): Geopolitik und Strategie am Beginn des 21. Jahrhunderts: Theoretische Überlegungen. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang Verlag.
- Risen, James (2006): State of War. Die geheime Geschichte der CIA und der Bush-Administration. Hamburg: Hoffmann & Campe.
- Sgrena, Giuliana (2006): Friendly Fire. Als Geisel zwischen den Fronten. Berlin: Ullstein.
- Sharp, Jane M.O. (2005). Striving for Military Stability in Europe. Abingdon: Routledge
- Singer, Peter W. (2006): Die Kriegs-AGs: Über den Aufstieg der privaten Militärfirmen. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Sinnassany, Christophe (2005). Finances publiques de la défense. Objectifs budgétaires et gestion publique des politiques d'armement. Paris: L'Harmattan
- Sorin, Katia (2005). Femmes en armes, une place introuvable. Le cas de la féminisation des armées françaises. Paris: L'Harmattan
- Stemmer, Ekkehard (2006). Demography and European Forces. Berlin: Miles-Verlag
- Stemmer, Ekkehard (2006): Demography and European Armed Forces. Berlin: Miles-Verlag.
- Terzuolo, Eric (2005). NATO and Weapons Mass Destruction. Abingdon: Routledge
- Theveßen, Elmar (2005): Terroralarm. Deutschland und die Islamitische Bedrohung. Berlin: Rowohlt
- Uessler, Rolf (2006): Krieg als Dienstleistung. Private Militärfirmen zerstören die Demokratie. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Uhle-Wettler, Franz (2006). Rührt Euch! – Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr. Graz: Ares-Verlag
- United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR) (2005/6): Taking Action on Small Arms (Disarmament Forum, No. 4-2005 / 1-2006). Geneva: UNIDIR.
- Uzullis, André (2005). Die Bundeswehr – Eine politische Geschichte von 1955 bis heute. Hamburg: E.S. Mittler und Sohn
- Valencia, Mark J. (2005). The Proliferation Security Initiative. Abingdon: Routledge
- Vayrynen, Raimo (Ed.) (2005). The Waning of Major War. Abingdon: Routledge
- Venesson, Pascal (Hg.) (2005). Guerres et soldats au cinéma. Paris: L'Harmattan/Coll.
- Wattin, Alexandre (2005). La coopération franco-allemande en matière de défense et de sécurité. Paris: L'Harmattan
- Weltz, Richard (2005). Revitalizing US-Russian Security Cooperation. Abingdon: Routledge
- Welzer, Harald (2005). Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden. Frankfurt: S. Fischer
- Williams, Kayla (2006): Jung, weiblich, in der Army. Ich war Soldatin im Krieg. München: DVA.

In der Schriftenreihe „Studien“ der **Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)** sind zwischenzeitlich die folgenden sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Berichte erschienen:

- S 1: Eberhard Schneider: Putins zweite Amtszeit. Stärkung der Machtvertikale und wachsender Einfluss des FSB (Januar 2006)
- S 2: Kai-Olaf Lang: Ostmitteleuropa nach dem Beitritt. Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale (Februar 2006)
- S 3: Gudrun Wacker (Hg.): Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik?

- S 4: Andreas Maurer: Nachsitzen, Sitzenbleiben oder Klassenverweis? Realisierungsperspektiven für den Europäischen Verfassungsvertrag
- S 5: Sabine Riedel: Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration (März 2006)
- S 6: Rainer Lindner: „Präsidentchaftswahl“ in Belarus. Autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation (März 2006)
- S 7: Frank-Ulrich Kupferschmidt: Strategische Partnerschaft in der Bewährung. Die Zusammenarbeit von NATO und EU bei der Operation Althea (April 2006)
- S 8: Heribert Dieter: Bilaterale Freihandelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum. Effekte, Motive und Konsequenzen für die Europäische Union (April 2006)
- S 9: Peter Rudolf: Die USA und der Aufstieg Chinas. Die Strategie der Bush-Administration (April 2006)
- S 10: Boris Wilke: Die religiösen Kräfte in Pakistan. Dynamik von Politik und Religion in der Weltgesellschaft (April 2006)
- S 11: Christian Schaller: Peacebuilding und „ius post bellum“. Völkerrechtliche Rahmenbedingungen der Friedenskonsolidierung nach militärischen Interventionen (April 2006)
- S 12: Andrea Schmitz: Konditionalität in der Entwicklungspolitik (Mai 2006)
- S 13: Benedikt Zanker: Internationaler Währungsfonds 2015. Reformbedarf und Reformmöglichkeiten (Mai 2006)

In der Schriftenreihe „HSFK-Reports“ der **Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)** sind zwischenzeitlich die folgenden sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Berichte erschienen:

- HSFK-Report Nr. 10/2005: Bernd W. Kubbig: Raketenabwehrsystem MEADS: Entscheidung getroffen, viele Fragen offen.
- HSFK-Report Nr. 11/2005: Berthold Meyer: Die Dauerkontroverse um die Wehrpflicht – ein Beispiel für Konfliktverwaltung.
- HSFK-Report Nr. 12/2005: Hans-Joachim Spanger: Paradoxe Kontinuitäten. Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren.
- HSFK-Report Nr. 13/2005: Nicole Deitelhoff & Eva Burkard: Europa vor Gericht. Die EU-Außenpolitik und der internationale Strafgerichtshof.
- HSFK-Report Nr. 14/2005: Daniela Schüngel: Schwedens Sicherheitspolitik im Wandel. Zwischen Neutralität, NATO und ESVP.
- HSFK-Report Nr. 15/2005: Simone Wisotzki: Kleinwaffen ohne Grenzen. Strategien jenseits der Rüstungskontrolle gefordert.
- HSFK-Report Nr. 1/2006: Harald Müller/Stephanie Sohnius: Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA.

In der Schriftenreihe „INEF Reports“ des **Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF)** an der Universität Duisburg-Essen sind zwischenzeitlich die folgenden sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Berichte erschienen:

- 81/2006: Jochen Hippler: Counterinsurgency and Political Control. US Military Strategies Regarding Regional Conflict.
- 82/2006: Andreas Hahn: Realitäten der Quasi-Staatlichkeit. Zur politischen Ökonomie alternativer Herrschaftsordnungen.
- 83/2006: Mariam Tutakhel: Medienpolitik in Post-Konfliktstaaten. Beiträge zum politischen Wiederaufbau am Beispiel von Afghanistan.

In der Schriftenreihe des **Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)** sind in der Reihe „Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ zwischenzeitlich erschienen:

- Heft 140: Hans J. Gießmann & Patricia Schneider (Hg.): Friedenskonsolidierung auf dem Balkan: Probleme und Perspektiven (November 2005)  
Heft 141: Stephan Hensell: Die Grenzen der Gesetzhüter - Zur bürokratischen Praxis in der albanischen Polizei (Dezember 2005)  
Heft 142: Margret Johannsen: Israel im Konflikt. Zur Friedensfähigkeit einer tief gespaltenen Gesellschaft (Februar 2006)

In der Schriftenreihe **KIELER ANALYSEN ZUR SICHERHEITSPOLITIK** des **ISUK** sind drei neue Beiträge erschienen, die sich mit der Problematik des iranischen Atomprogramms und der US-amerikanischen Verteidigungspolitik befassen.

- Nr. 15: Joachim Krause: Die internationale Krise über das iranische Atomprogramm: wie geht es weiter? (April 2006).  
Nr. 16: Hajo Lippke: Der Knoten im Zapfhahn. Möglichkeiten und Folgen einer iranischen Sperrung des Persischen Golfs für den Schiffsverkehr (April 2006).  
Nr. 17: Jennifer Assmann: Die neue strategische Ausrichtung der US-Verteidigungspolitik. Konsequenzen für transatlantische Kooperation (April 2006).

## **DIES UND DAS IM INTERNET**

Der Entwurf des **Weißbuches** der Bundesrepublik Deutschland kann im Internet nachgelesen werden, und zwar unter: [http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/doc\\_ger/vorl.\\_WB\\_2006.pdf](http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/doc_ger/vorl._WB_2006.pdf)

Die amerikanische Regierung hat die **Verhörprotokolle von Guantanamo-Häftlingen** veröffentlicht, und zwar unter: <http://www.defenselink.mil/pubs/foi/detainees/csrt/index.html>

### **Zur Nuklearpolitik des Iran:**

David Albright & Corey Hinderstein (2006): Iran's Next Steps: Final Tests and Construction of a Uranium Enrichment Facility. Washington, D.C.: ISIS (Online: <http://www.bits.de/public/documents/iran/irancascade.pdf>)

Jon B. Wolfsthal (2006): Understanding Iran's Nuclear Maneuvers. Washington, D.C.: CSIS (Online: [http://www.bits.de/public/documents/iran/060112\\_wolfsthal.pdf](http://www.bits.de/public/documents/iran/060112_wolfsthal.pdf))

### **Zum Kosovo:**

Jean-Arnault Dérens: Kriege um Erinnerungen. Unmöglich: Eine gemeinsame Geschichte des Kosovo. In: Le Monde Diplomatique, 8. Juni 2005 (Online: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2005/07/08.mondeText.artikel,a0060.idx,19>)

### **Zum Algerienkrieg:**

Mohammed Harbi: Nachwirkungen des Algerienkriegs. Ungleichzeitige Erinnerungen bei Siegern und Besiegten. In: Le Monde Diplomatique, 9. Dezember 2005 (Online: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2005/12/09.mondeText.ar>)